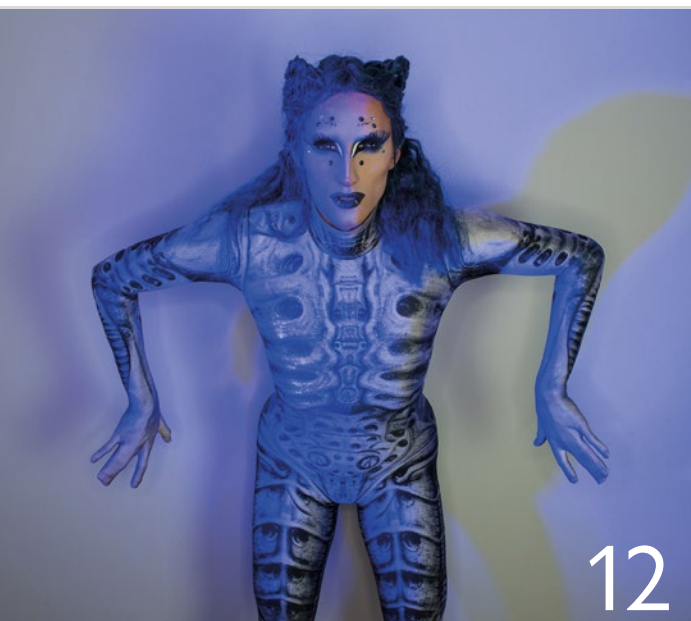




QUEER





Editorial 3

Aus aktuellem Anlass

Frage an die Mitglieder: Was macht Corona mit Ihnen? 4
 Corona: Das sagen unsere Landesverbände 6

Schwerpunkt: Queer

Erstes queeres Vernetzungstreffen unter dem Dach
 des Paritätischen Gesamtverbandes 8
 Drei Fragen an Henny Engels,
 Lesben- und Schwulenverband Deutschlands (LSVD) 9
 Interview mit Vava Vilde, Drag-Artist und Aktivistin 10
 Drei Fragen an Heike Gronski, Deutsche AIDS-Hilfe 12
 In Ordenstracht gegen HIV und Co. 13
 Auf der Suche nach einem Zuhause 14
 „Barrierefreiheit wird nicht mitgedacht“ 16
 Wir helfen hier und jetzt – und das ist auch gut so! 18
 Drei Fragen an Jörg Duden, Schwulenberatung Berlin 19
 Queer im Alter:
 Ältere Lesben und Schwule fordern Teilhabe 20
 Trans-Coming Out: „Und plötzlich ist der Mann an
 meiner Seite eine Frau.“/ Infokasten: LGBT...? Was steht
 wofür? 22
 30 Jahre rat + tat in Rostock:
 Angekommen in der Mitte der Gesellschaft 24
 Drei Fragen an Malte Legenhausen, Queere Bildung e.V. 26
 Vorgestellt: Die Akademie Waldschlösschen! 27

Sozialpolitik & Verbandsrundschau

Aktuelle Forderungen / Corona FAQ 28
 Verhaltensprävention gegen Corona 29
 Frisch gebloggt: Das Soziale in der Krise 30
 Frisch veröffentlicht / Aktion #LagerEvakuieren 31
 COVID-19: Ältere Menschen schützen 32
 Kinderschutz in Corona-Zeiten 33
 Einblicke in den Fachtag „Paritätische
 Freiwilligendienste für die Jugend von heute“ 34
 Kinderrechte ins Grundgesetz 35
 Happy Birthday / Webzeugkoffer 36
 Einkaufsvorteile nutzen! / Bildnachweise / Impressum 37

**Aktuelles aus Verband
 und Mitgliedsorganisationen auch auf
 der neuen Plattform
www.wir-sind-paritaet.de und unter
facebook.com/paritaet
 bei Twitter unter @paritaet
 bei Instagram als paritaet**



Dieses Magazin kann als barrierefreie pdf-
 Datei im Internet heruntergeladen werden:
www.paritaet.org

Professor Dr. Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands



Liebe Leser*innen,

die Lage von queeren Menschen, also von Personen, die nicht dem binären Mann-Frau-Schema entsprechen, hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland entscheidend verbessert. Aber trotz besserer Gesetze und breiter Aufklärungsarbeit zur Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen treffen queere Menschen nach wie vor vielfach auf offene und versteckte Ablehnung und sind Diskriminierung ausgesetzt. Zusätzlich befeuert werden Tendenzen der systematischen Ausgrenzung durch das Erstarken rechtsextremer Kräfte, die nicht-heterosexuelle sowie inter- und trans- Menschen als nicht gleichwertig betrachten.

Ein Blick in verschiedene Lebensbereiche zeigt, wie stark die Kultur der Zweigeschlechtlichkeit und der Heteronormativität immer noch die Gesellschaft prägen und welche negativen Auswirkungen dies auf queere Menschen hat.

Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts zeigt, dass das Internet für queere Jugendliche während des Coming-out-Prozesses durch Anonymität und jederzeitigen Zugriff große Unterstützung bietet. Sie nutzen das Web, um sich zu informieren, sich mit anderen LSBTIQ-Jugendlichen (lesbisch, schwul, bisexuell, trans, inter, queer) zu vernetzen oder sich für ihre Belange zu engagieren. Es bietet ihnen auch die Möglichkeit, authentischer als im realen Leben aufzutreten, indem sie

online offener über sich selbst berichten können, als es im analogen Leben möglich wäre. Gleichzeitig ist das Internet für Jugendliche, die nicht heterosexuell sind oder sich selbst nicht als cis-geschlechtlich identifizieren (deren Geschlecht nicht mit dem übereinstimmt, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde), auch der Ort, wo sie Exklusion erfahren. Rund 88 Prozent der Studienteilnehmenden geben an, im Internet mindestens einmal Diskriminierung wegen ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Zugehörigkeit erfahren zu haben.

Um die körperliche Erscheinung und Funktion von intergeschlechtlichen Kindern mit den binären Geschlechterstereotypen in Einklang zu bringen, finden in Deutschland immer noch geschlechtsverändernde Eingriffe an ihnen statt. Eine medizinische Notwendigkeit besteht dafür meistens nicht. Zum Schutz der bio-psycho-sozialen Unversehrtheit und der geschlechtlichen Selbstbestimmung ist ein Verbot geschlechtszuweisender oder -verändernder Eingriffe bei intergeschlechtlichen Kindern notwendig, wenn sie nicht medizinisch zwingend notwendig sind. Zeitgleich ist es unabdingbar, u.a. den Beratungsanspruch und die Beratungsangebote zu geschlechtlicher Vielfalt auszudehnen. Politik und Gesellschaft bleiben aufgefodert, politische, rechtliche und soziale Voraussetzungen sowie ein Klima

zu fördern, das die Verschiedenheit der Menschen akzeptiert und Stigmatisierungen konsequent entgegenwirkt. Dazu muss auch die Bildungs- und Aufklärungsarbeit in den Schulen noch stärker forciert werden.

Als Verband, der für Vielfalt, Respekt und Offenheit steht, engagieren wir uns fest an der Seite der Menschen, die sich für die Gleichberechtigung von homo-, bi-, inter- und transgeschlechtlichen Menschen einsetzen. In diesem Heft geben wir einen Einblick in die Arbeit Paritätischer Mitgliedsorganisationen, die auf vielfältige Weise queer lebende Menschen beraten und begleiten sowie gesellschaftliche Aufklärungsarbeit leisten.

Kein Magazin in dieser Zeit ohne Corona: in dieser Ausgabe finden Sie auch erste Berichte über Auswirkungen des Virus SARS-CoV-2 auf Einrichtungen der sozialen Arbeit, weltweites Engagement zum Schutz älterer Menschen und von Kindern in Corona-Zeiten.

Herzlich, Ihr Rolf Rosenbrock

Frage an die Mitglieder: Was macht Corona mit Ihnen?

Die Corona-Pandemie stellt die Wohlfahrt auf den Kopf. Unsere 10.000 Mitgliedsorganisationen müssen sich seit dem Shutdown Mitte März ganz neuen und ungeahnten Herausforderungen stellen. Täglich staunen wir im Gesamtverband, wie viele diese meistern. Anlass einmal nachzufragen: Wie geht Ihr Verband oder Ihr Verein mit Corona um und was bedeutet es für die Menschen, die Sie vertreten?



Wie unter einem Vergrößerungsglas macht Corona überdeutlich, womit wir auch sonst zu tun haben:

Epidemien rufen ein großes Informationsbedürfnis hervor. Was ist mit Sexualität? Steigert HIV das Risiko? Helfen HIV-Medikamente gegen Covid-19? Wir haben rasch ein Infoangebot geschaffen.

Ob Drogenkonsument_innen, Sexarbeiter_innen oder Migrant_innen ohne Aufenthaltspapiere: In unseren marginalisierten Zielgruppen haben sich Not und Gesundheitsrisiken verschärft. Wir drängen auf Lösungen – auch für die Zeit nach Corona.

Beim Datenschutz erleben wir in atemberaubendem Tempo Chancen und Risiken. Wir treten ein für Modelle, die Persönlichkeitsrechte achten.

Wie arbeiten wir in unserer Organisation zusammen? Auch in dieser Frage hat uns Corona zu Höchstleistungen getrieben. Manchmal überfordert uns das. Aber wir lernen täglich dazu. Quantensprünge inklusive.

Silke Klumb, Geschäftsführerin der Deutschen Aidshilfe



Blinde und sehbehinderte Menschen sind auf das Tasten und oft auch auf körperliche Berührung angewiesen. Deshalb treffen uns Kontaktbeschränkungen und Abstandsvorschriften besonders hart. Viele von uns trauen sich nicht mehr vor die Tür, um ja nichts falsch zu machen. Und Menschen, die

uns helfen wollen, haben Angst, uns den Arm zu reichen.

Auch für uns als Verband ist die Epidemie ein Stresstest. Veranstaltungen werden abgesagt, Vorbereitungen rückabgewickelt. Das macht keinen Spaß. Parallel läuft die Beratung unter deutlich erschwerten Bedingungen weiter, nur noch telefonisch bzw. per Mail und nun auch zu Corona. Aber es lohnt sich, die Ratsuchenden sind unglaublich dankbar und die Resonanz auf Angebote wie unseren Corona-Ratgeber unter www.dbsv.org/corona.html ist überwältigend.

Klaus Hahn, Präsident beim Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband



Was uns in diesen schwierigen Pandemie-Zeiten zusammenhält, ist der unbedingte Wille für die Menschen da zu sein, die von Rheuma betroffen sind. Zusammen mit unseren medizinischen Beratern informieren wir zum Beispiel regelmäßig auf www.rheuma-liga.de über rheumaspezifische Aspekte von Corona-Themen. Ein regelmäßiges Update, ein Online-Expertenforum, der Aufbau von Online-Bewegungsangeboten, regionalen Info-Hotlines und erste Selbsthilfetreffs per Videokonferenz sind dabei die Maßnahmen der Stunde. Bundesweit arbeiten die Landes- und Mitgliedsverbände der Rheuma-Liga zurzeit mit noch mehr Engagement und Kreativität daran, für die Betroffenen da zu sein. Diese Kraft und unsere über 50 Jahre währende Verbundenheit wird uns – da bin ich mir sicher – auch über diese weltweite Krise hinwegtragen.

Rotraut Schmale Grede, Präsidentin der Deutschen Rheuma-Liga

Deutsches Studentenwerk



Bei uns geht es um zwei Gruppen Menschen: um die rund 2,9 Millionen Studierenden, und um die 20.000 Beschäftigten der Studenten- und Studierendenwerke. Die Studierenden versorgen wir mit aktuellen Informationen, vor allem zu hochschul-, arbeits-, sozialrechtlichen Themen und zum BAföG. Gerade Studierende, denen wegen der Corona-Pandemie die Nebenjobs wegbrechen, geraten in finanzielle Nöte; für sie setzen wir uns auf politischer Ebene für eine Öffnung des BAföG oder einen Notfonds ein. Die Studentenwerke mussten ihre ganze Hochschulgastronomie praktisch stilllegen, dafür werden ihre Beratungsangebote sehr stark nachgefragt. Wir unterstützen sie mit Informationen, Handreichungen, Muster-Aushängen – und wir setzen uns bei den Ländern dafür ein, dass die Studentenwerke von den staatlichen Rettungsschirmen profitieren.“

Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW), des Verbands der Studenten- und Studierendenwerke:



Der Kinderschutzbund Bundesverband

Bei uns im Kinderschutzbund fallen viele ehrenamtliche Kräfte aus, weil sie sich selbst vor Ansteckung schützen oder eigene Kinder betreuen müssen. Dennoch sind wir froh über viele Rückmeldungen von Gliederungen, die ihre Arbeit so gut es geht, aufrechterhalten. Die Eltern- und Kindertelefone haben ihr Angebot ausgeweitet, die Kinder und Jugendlichen treffen sich mit den Sozialarbeiter*innen auf Instagram zur Foto-Challenge und manches Therapie-Gespräch wird nun bei einem Waldspaziergang geführt. Das alles sind Angebote, um beste-

hende Kontakte nach Möglichkeit nicht zu verlieren. Sie sind selbstverständlich nicht gleichwertig zu echten Gesprächen oder regelhaften therapeutischen Angeboten. Insofern hoffen auch wir, dass diese Krise bald überstanden ist, um bald wieder in voller Stärke für die Kinder da zu sein.

Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband (DSKB)

Bei allem was wir tun hat die Gesundheit und Sicherheit



unserer Freiwilligen und Mitarbeiter*innen oberste Priorität. Für unsere konkrete Arbeit bedeutet das: Wir holen unsere Freiwilligen aus dem Ausland zurück, haben Veranstaltungen, Seminare, Bildungstage für die nächsten Wochen abgesagt und arbeiten aus dem Homeoffice. Wir nutzen digitale Alternativen, sei es für Videokonferenzen oder bei der Umstellung auf Online-Seminare. Den kommenden Zyklus unserer Freiwilligendienste planen wir sorgfältig optimistisch, freuen uns über Bewerbungen, verfolgen aktuelle Entwicklungen jedoch genau. Auch wenn die Corona-Krise unsere Arbeit vor Herausforderungen stellt, verlieren wir nicht den Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse und Menschen, die ganz akut von der Krise bedroht sind.

Katrin Bäumlér, Geschäftsführerin Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) – Bundesverein e. V.



Es ist aktuell noch zu früh, die konkreten Auswirkungen auf den Kneipp-Bund und die über 500 Kneipp-Vereine abschätzen zu können. Um es mit Sebastian Kneipp zu sagen: „Ich will euch nur aufmerksam machen,

dass ihr jeder Zeit recht vernünftig lebt.“ Das soziale Miteinander, das gerade unsere bundesweite Kneipp-Bewegung auszeichnet, muss jetzt für einige Wochen ruhen, so schwer das auch fällt. Als Deutschlands größte private Gesundheitsorganisation müssen wir unsere Werte wie Solidarität, Rücksichtnahme und Teamgeist unter Beweis stellen und damit einen wirkungsvollen Beitrag zum Meistern dieser gesellschaftlichen Krise leisten. Mit unserer Serie „Kneipp-Tipps für daheim“ (www.kneippbund.de/wer-wir-sind/videos) geben wir aktuell Anregungen, was jeder selbst für die eigene Gesundheit tun kann.



Klaus Holetschek, Präsident Kneipp-Bund e.V.

Der Großteil unserer Ehrenamtlichen ist älter und muss sich schützen. Lebensmittelspenden sind zwischenzeitlich wegen Hamster-Käufen zurückgegangen. Gleichzeitig suchen wegen Kurzarbeit oder Jobverlust mehr Menschen Hilfe bei den Tafeln. Mit Unterstützung jüngerer Helfer*innen und Spenden organisieren viele Tafeln Lieferdienste oder die Abgabe von vorgepackten Tüten im Freien. Aber nicht überall ist das möglich. Über 350 Tafeln sind noch geschlossen. Wir sind in Sorge um Menschen, die sowieso schon wenig haben. Familien müssen ihre Kinder vollständig zuhause versorgen, ältere Menschen vereinsamen. Wir brauchen jetzt politische Unterstützung für bedürftige Menschen, aber auch für die Tafeln. Eigentlich sind wir Begegnungsorte und helfen nicht nur mit Lebensmitteln, sondern auch gegen Einsamkeit.

Jochen Brühl, Vorsitzender der Tafeln

Seit 75 Jahren vertritt die Volkssolidarität die Interessen der Menschen, die bereits vor der Corona-Krise benachteiligt wurden und setzt sich für eine solidarische Gesell-



schaft ein. Solidarität für den Schutz von Menschen ist jetzt mehr denn je gefragt. Unsere Pflegekräfte leisten engagiert ihre verantwortungsvolle Arbeit und pädagogische Fachkräfte unterstützen in anderen Bereichen. Unser fahrbarer Mittagstisch wurde ausgebaut. Wir haben Freiwilligen-Pools und Hilfe-Hotlines eingerichtet und organisieren eine Spendenaktion für die von Isolation betroffenen Pflegebedürftigen. Die Forderungen der Volkssolidarität nach Schutzausstattung in der Altenpflege und gegen die Isolation von Älteren zeigen Wirkung. Unser Kampf gegen Armut und soziales Auseinanderdriften wird erheblich zunehmen.

Dr. Wolfram Friedersdorff,



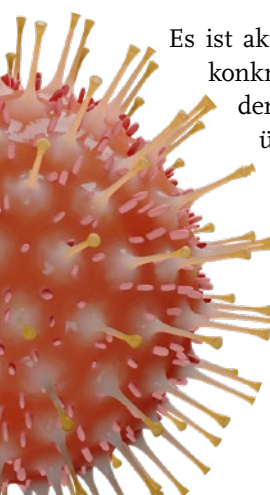
Präsident der Volkssolidarität

Die Mitgliedsorganisationen des bvkm kämpfen mit vielfältigen Ängsten und Sorgen. Sowohl in den Einrichtungen als auch in den Familien fehlen ausreichend Schutzmasken und -kleidung. Viele Familien im bvkm stehen vor besonderen Herausforderungen, die sich durch die Schließungen von Schulen, Werkstätten und anderen Angeboten ergeben. Die Kontaktsperren stellen für Menschen mit Behinderungen eine starke Belastung dar.

Unser Verband setzt sich auch in diesen herausfordernden Zeiten für die Interessen seiner Mitglieder ein und hat ein kritisches Auge auf die aktuellen politischen Entwicklungen.

Gemeinsam mit den Fachverbänden für Menschen mit Behinderungen setzt sich der bvkm für eine stärkere Beachtung der Menschen mit Behinderungen und ihrer besonderen Bedürfnisse bei allen politischen Vorhaben in dieser Krise ein. Darin werden wir auch bei allmählicher Rückkehr zur Normalität nicht nachlassen!

Helga Kiel, Vorsitzende des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.



Corona: Das sagen unsere Landesverbände

Wie hilft der Paritätische in Ihrem Bundesland den Mitgliedsorganisationen durch die Krise? Welche Besonderheiten gibt es vielleicht vor Ort und was machen unsere 15 Landesverbände in Corona-Zeiten. Wir haben nachgefragt!

Weitere Beiträge zu Corona finden Sie auch unter „Sozialpolitik“ und „Verbandsrundschau“ ab Seite 28.



Baden-Württemberg

„Social Distancing“ und #Stayathome stellt Sozialunternehmen vor neue akute Herausforderungen. Mit dem ersten sozialen 24-Stunden-Hackathon „Care hackt Corona“ unterstützen wir unsere über 880 Mitgliedsorganisationen dabei, in interdisziplinären Teams gemeinsam an innovativen Lösungen für die Betreuung und Begleitung von Klient*innen in Zeiten von Corona zu arbeiten.

Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Baden-Württemberg



Bayern

In Bayern arbeiten wir vor allem an zwei Baustellen: Erstens kämpfen wir für einen bayerischen Schutzschirm Soziales, damit unsere Mitglieder in der Krise finanziell abgesichert sind. Zweitens dringen wir darauf, alle sozialen Dienste und Einrichtungen mit dem notwendigen Infektionsschutz auszustatten.

Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern



Berlin

Die zuverlässige Finanzierung der sozialen Arbeit – egal in welchem Feld – muss auch in der jetzigen Zeit sichergestellt sein, denn die Arbeit wird ja erbracht, nur eben teilweise etwas anders. Extrem wichtig ist auch, dass alle sozialen Dienstleister ausreichend Schutzausrüstung bekommen. Dafür setzen wir uns kontinuierlich ein.

Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin des Paritätischen in Berlin



Brandenburg

Wir kämpfen an verschiedenen Fronten für eine Belieferung der Pflegeeinrichtungen mit Schutzausrüstung. Wir haben uns an die Öffentlichkeit gewandt und drängten sowohl gegenüber der Landesregierung wie auch den Kreisen/ Kommunen auf eine entsprechende Versorgung der Träger. Uns ist es in Eigenregie gelungen für 100.000 Euro zertifizierte Schutzmasken zu bestellen.

Andreas Kaczynski, Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Brandenburg



Bremen

Die Corona-Epidemie stellt uns alle vor große Herausforderungen. Wir als Paritätischer Bremen helfen, die Krise zu managen – für unsere Mitglieder und natürlich für die Menschen, die sie pflegen und betreuen. Schutzmaterialien, Kurzarbeitergeld, Sozialdienstleister-Einsatzgesetz, Handlungsanweisungen für Einrichtungen... Das sind nur einige der vielen Themen, die wir klären und abstimmen müssen.

Wolfgang Luz, Vorstand Paritätischer Bremen



Hamburg

Fast rund um die Uhr stehen wir in Video- und Telefonkonferenzen unseren Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite, v.a. bei Fragen rund um Hygienemanagement, Schutzausrüstung und finanzielle Schutzschirme wie das SodEG. Trotz Social Distancing sind wir unseren Mitgliedern zurzeit besonders nah.

Kristin Alheit, Geschäftsführerin des Paritätischen Hamburg



Hessen

Soziale Fachkräfte und Unterstützung dorthin zu vermitteln, wo sie jetzt dringend gebraucht werden – dafür haben wir eine Vermittlungsbörse gestartet. Manche Mitgliedsorganisationen haben jetzt sehr viel, manche nichts zu tun. In der Corona-Pandemie ist Solidarität wichtiger denn je. Dazu kann auch gehören, dass Einrichtungen für andere Mund-Nasen-Bedeckungen nähen.

Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen

Mecklenburg-Vorpommern



Unsere wichtigste Aufgabe ist gerade die Information und Beratung. Unsere Mitglieder brauchen schnelle und verlässliche Informationen über aktuelle Erlasse, gesetzliche Regelungen und Hilfsprogramme. Darüber hinaus bündeln wir die Anliegen und Fragen unserer Mitglieder zur Klärung mit der Landesregierung.

Christina Hömke, Landesgeschäftsführung des Paritätischen Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen



Wir liefern unseren Mitgliedern die Informationen, die sie brauchen. Wir zeigen Handlungsoptionen auf, wir helfen bei der Beschaffung von Schutzausrüstung, und wir wirken erfolgreich auf die Politik ein, damit auch der soziale Bereich bestmöglichen Zugang zu existenzsichernden Fördermitteln erhält.

Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen



Wie kommen unsere Träger an Schutzkleidung, wo muss das Land dringend politisch nachsteuern, um drohende Insolvenzen zu verhindern? Riesige Herausforderungen, stündlich ein neuer Stand, keine Auszeit am Wochenende: Dank des großen Engagements unserer Kolleg*innen im Landesverband meistern wir das – gemeinsam und pragmatisch!

Andrea Büngeler und Christian Woltering, Landesgeschäftsführung des Paritätischen NRW

Saarland/Rheinland-Pfalz



Wir versuchen, der Krise immer einen Schritt voraus zu sein. Es geht uns insbesondere darum, die Handlungsfähigkeit unserer Mitglieder bestmöglich aufrecht zu erhalten und vor allem deren Fortbestand für die Zeit nach der Krise zu sichern.

Michael Hamm, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Saarland/Rheinland-Pfalz

Sachsen



Als Verband war es unser dringlichstes Anliegen, drohende Finanzierungsausfälle für die Träger abzuwenden und somit den Fortbestand der Angebote zu sichern. Im guten Kontakt mit Politik und Verwaltung konnten wir auf Regelungslücken hinweisen und zu Lösungen beitragen.

Michael Richter, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Sachsen

Sachsen-Anhalt



Künftig wird es darauf ankommen, den sozialen Bereich als denjenigen wertzuschätzen und zu sichern, der für das Gelingen der bevorstehenden Lockerungen und wirtschaftlichen Gesundung des Landes essentiell ist.

Anja Naumann, Geschäftsführerin des Paritätischen Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein



Es gibt zwei große Handlungsstränge: den Erhalt der Arbeitsfähigkeit unserer Mitglieder und die Kommunikation mit den verschiedensten Akteuren, um perspektivisch die wirtschaftlichen Folgen kompensieren zu können. Wichtige Teile der sozialen Infrastruktur dürfen nicht wegbrechen, das wäre gerade jetzt für unsere Gesellschaft fatal.

Michael Saitner, Landesgeschäftsführung des Paritätischen Schleswig-Holstein

Thüringen



Es geht um die Sicherung der sozialen Infrastruktur, darum, dass wir alle in den Blick nehmen. Das heißt zur Not braucht es Individuallösungen für einzelne Träger, wenn andere Hilfen nicht greifen. Hier werden wir nicht lockerlassen.

Stefan Werner, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Thüringen

Erstes queeres Vernetzungstreffen unter dem Dach des Paritätischen Gesamtverbandes

Mit 45 Teilnehmer*innen fand am 12. Februar 2020 das erste Vernetzungstreffen queerer Organisationen unter dem Dach des Paritätischen Gesamtverbandes statt. Sowohl Vertreter*innen der bundesweit agierenden queeren Interessenvertretungen wie LSVD, Queere Bildung, Trans* e.V., Lambda Jugendnetzwerk, Akademie Waldschlösschen als auch Vertreter*innen der Paritätischen Landesverbände, des ASB oder Pro Familia haben den Tag genutzt, um gemeinsam zu überlegen, wie das Thema rund um geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in den Strukturen des Paritätischen bearbeitet werden kann. Fokus waren die Bedürfnisse von queeren Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Sozialen Arbeit. Denn diese erfordern ganz besonderer Sorgfalt. Das kann Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe, der psychosozialen Beratung sowie der Jugendsozialarbeit und Kinder- und Jugendarbeit genauso betreffen, wie Angebote der Familienhilfe oder der Frühen Hilfen. Queere Themen spielen überall dort eine Rolle, wo Kinder, Jugendliche und Eltern sind – ganz egal ob in der Kita, der Schule, dem Jugendtreff, dem Sportverein, dem Freund*innenkreis oder in der eigenen Familie, um nur einige Bereiche zu nennen. Mit Paritätischen Landesverbänden, überregionalen Mitgliedsorganisationen und Paritätischen Einrichtungen wurde sich ausgetauscht, was es zu berücksichtigen gilt, wenn es um Soziale Arbeit für und mit queeren Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern geht. Wir fragten, zu welchen Themen wir zukünftig zusammenarbeiten wollen. Unser erklärtes Ziel: Herauszufinden, ob wir ein gemeinsames Verständnis von Sozialer Arbeit zu queeren Themen haben und woran wir uns im Paritätischen messen wollen.



Die Teilnehmer*innen

Die Paritätischen Verbandsgrundsätze Vielfalt, Offenheit und Toleranz sind Auftrag und Kompass zugleich, was die Bearbeitung von queeren Themen in Paritätischen Strukturen anbelangt. Wobei in der inhaltlichen Auseinandersetzung schon deutlich wurde: Toleranz allein reicht vielen queeren Menschen nicht. Es muss um Akzeptanz in allen Lebensbereichen und Lebenslagen gehen. Da, wo es sie nicht gibt, braucht es aktiven Schutz vor Diskriminierung bis hin zum Schutz vor Gewalt, die für viele queere Menschen reale Erfahrung ist. Gute Soziale Arbeit heißt daher insbesondere auch hier der Einsatz für und die Verwirklichung von Menschenrechten. Unser Verständnis Sozialer Arbeit ist geprägt von einer menschenrechtsorientierten Haltung, die diskriminierende und menschenfeindliche Bezüge ausschließt und wirksame Interventionen ermöglicht.

Konkret wurden folgende Ideen für die Bearbeitung queerer Themen entwickelt:

- das Thema als Querschnittsthema im Paritätischen (Bundesebene, Landesebenen) verankern (Kinder, Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit, Selbsthilfe, Migration, Behinderung, Pflege), in den Arbeitskreisen als Querschnittsthema etablieren
- weitere Vernetzung zu queeren Themen innerhalb des Paritätischen
- interne Weiterentwicklungsbedarfe identifizieren: Paritätische Leitbilder, gendergerechte Sprache und Kommunikation, Infrastrukturausstattung etc.
- Paritätische Positionen und Stellungnahmen zu queeren Themen, Kooperationen und Bündnissen eingehen und unterstützen

- hoher Bedarf an niedrigschwelligen Informationen, Angeboten, Zugängen, Beratung für Betroffene und Interessierte
- Strategien Öffentlichkeitsarbeit: digitale Strategien, Bilder, Erzählungen, Beispiele, Role Models
- hoher Qualifizierungsbedarf von Ausbildungsinhalten der sozialen Arbeit, Pädagogik, Medizin, Psychologie etc. und von Fachkräften in den Regelstrukturen (Kita, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit, Migration, Psychotherapie...)
- strukturelle und finanzielle Absicherung queerer Angebote, Schaffung von Angeboten im ländlichen Raum
- Schutzräume schaffen
- Unterstützung in der Abwehr von rechten und populistischen Haltungen und Gewalt
- Anregung und Unterstützung von Forschung zu queeren Themen

Nun gilt es, die an dem Fachtag entwickelten Ideen in die Paritätischen Strukturen zu tragen, um gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen auf Bundes- und Landesebene die Verankerung von queeren Themen für Kinder, Jugendliche und Eltern in unseren Strukturen zu eruieren. Für uns steht fest, dass das Treffen am 12. Februar 2020 der erste Schritt hin zu einer diesbezüglichen Vernetzung ganz unterschiedlicher Organisationen im Paritätischen war.

Wie sich die weitere Zusammenarbeit und Vernetzung konkret ausgestalten wird, daran wollen wir in den kommenden Monaten weiterarbeiten.

Juliane Meinhold ist Referentin für Kinder- und Jugendhilfe beim Paritätischen Gesamtverband

Drei Fragen an Henny Engels, Lesben- und Schwulenverband Deutschlands (LSVD)

Der Lesben- und Schwulenverband Deutschlands wurde vor 30 Jahren am 18. Februar 1990 zunächst in der DDR gegründet. Bereits wenige Monate später war die DDR Geschichte und der LSVD wurde Gesamtdeutsch.

Der Verband kann auf viele Erfolge zurückblicken. Bereits ab 1992 machte er sich stark für eine komplette Gleichstellung in der Ehe von schwulen und lesbischen mit heterosexuellen Paaren, die 2017 endlich erreicht wurde. Dennoch gibt es noch viel zu tun. Darüber sprachen wir mit Henny Engels, Mitglied des Bundesvorstandes des LSVD.

Frau Engels, der LSVD feiert in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen. Glückwunsch noch einmal dazu. Warum hat sich der Verband damals eigentlich gegründet?

Herzlichen Dank für die Glückwünsche. Unser Verband hat sich 1990 in Leipzig als Schwulenverband in der DDR (SVD) gegründet und sich kurze Zeit später in Schwulenverband in Deutschland umbenannt. Seine Wurzeln hat er in der staatskritischen, unabhängigen schwulen Bürgerrechtsbewegung der DDR – damals noch unter dem Dach der evangelischen Kirche. Die Ziele sind Akzeptanz von Vielfalt, volle gesellschaftliche Teilhabe und Gleichberechtigung. Dafür leisten wir Überzeugungsarbeit, richten konkrete Lösungsvorschläge an die Politik und wollen dort Mehrheiten gewinnen. Dieser Bürgerrechtsansatz war 1990 auch für viele westdeutsche schwule Aktivisten viel- und erfolgsversprechend. Auf Initiative vieler engagierter Lesben wandelte sich der Schwulenverband dann 1999 zum Lesben- und Schwulenverband (LSVD). Seit über 20 Jahren treten wir also gemeinsam für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt ein.

Warum die Verbandsgründung? Denken Sie zurück: Vor 30 Jahren gab es in der Bundesrepublik noch den menschenrechtswidrigen § 175 StGB. Gleichgeschlechtliche Paare waren rechtlos, sie wurden vom Recht wie Fremde behandelt. Viele Positionen in Gesellschaft oder Politik waren offen lebenden Lesben und Schwulen de facto verschlossen, es gab Berufsverbote, z.B. für Schwule in der Bundeswehr. Wir waren rechtlich Bürgerinnen und Bürger

zweiter Klasse. Das wollten wir ändern. Seit 2017 können Lesben und Schwule nun heiraten. Ist damit die Gleichstellung erreicht, für die der LSVD seit Jahren gekämpft hat?

Unbestritten war die Öffnung der Ehe ein unglaublich großer Schritt in Richtung Gleichstellung. Ich muss daran erinnern, dass nach der Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft 2001 die zunehmende Gleichstellung bspw. im Steuerrecht, im Erbrecht oder dem Adoptionsrecht in unendlich vielen Schritten, zum Teil auch vor Gericht, erstritten werden musste. Die Öffnung der Ehe und damit die weitgehende Gleichstellung war das Ende eines unwürdigen und ermüdenden Prozesses.

Aber es bleiben noch offene Baustellen, z.B. im Abstammungs- und Familienrecht. Zwar gibt es jetzt das gemeinschaftliche Adoptionsrecht, aber bei einem Kind, das in eine Zwei-Mütter-Familie geboren wird, kann eine gemeinsame rechtliche Elternschaft nur durch das langwierige Verfahren der Stiefkindadoption erreicht werden. Ich sehe nicht, wie das dem Kindeswohl dienen soll.

Das diskriminierende Transsexualengesetz muss zugunsten echter Selbstbestimmung abgelöst werden, intergeschlechtliche Kinder müssen vor medizinisch nicht notwendigen geschlechtszuweisenden Operationen geschützt werden. Der Diskriminierungsschutz im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss effektiver werden und wir wollen, dass auch im Grundgesetz endlich ein ausdrück-



liches Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität verankert wird. **Mal abgesehen vom Corona-Virus: Welches Thema beschäftigt den Verband gerade besonders? Was ist die größte Baustelle?**

Corona beschäftigt uns natürlich auch – wir haben auf unserer Website Tipps, Hinweise und Links zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten für LSBTI und andere veröffentlicht.

Die größte Baustelle ist aus meiner Sicht die tatsächliche gesellschaftliche Akzeptanz und Gleichstellung im Alltag. Rechtliche Gleichstellung ist unbestritten wichtig und richtig – aber sie ist nicht alles. Um es mit einem Zitat eines schwulen Paares in der DDR zu sagen „Das Gesetz war gnädig, die Gesellschaft war es nicht“. Sätze wie „Nun sind wir Ihnen doch schon so weit entgegen gekommen...“ machen deutlich, dass LSBTI oft immer noch nicht als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft wahrgenommen und akzeptiert sind: Die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von LSBTI ist kein Gnadenertrag, sondern die Umsetzung der Erkenntnis, dass die Würde aller Menschen und nicht nur die der Heterosexuellen unantastbar ist. In Zeiten, in denen Rechtsextremisten in den Parlamenten sitzen, Hetze und Hasskriminalität zugenommen haben, scheint mir dies wichtiger denn je. Um Werte wie Freiheit, Gleichheit und Respekt muss täglich neu gerungen werden.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Interview mit Vava Vilde, Drag-Artist und Aktivistin

Vava Vilde beschreibt sich selbst als ein reptiloides Drag-Alien aus dem All. Ihre Looks sind futuristisch, fantasievoll und beeindruckend. Vava engagiert sich seit 2009 in der Initiativegruppe Homosexualität Stuttgart e.V., anfangs in der Jugendarbeit mit Jugendgruppen und Schulaufklärungsarbeit, zuletzt mehrere Jahre als stellvertretender Vorsitzender. Darüber besteht eine enge Verknüpfung zum LSBTTIQ-Zentrum Weissenburg Stuttgart. Seit 2011 ist Vava im MSM-Präventionsteam der AIDS-Hilfe Stuttgart e.V. und seit ca. 3 Jahren hilft sie dort bei den monatlichen HIV-Schnelltest-Aktionen.



Liebe Vava, Du warst Teilnehmerin und sogar Finalistin bei der Pro7-Sendung Queen of Drags. Wie kam es eigentlich dazu?

Ich bin über Instagram von Pro7 kontaktiert worden, dass sie ein neues Format planten und ob ich nicht Interesse hätte, mehr darüber zu erfahren. Daraus entstand der Castingprozess, in welchem ich am Ende für die Show ausgewählt wurde. Wie Pro7 auf mich aufmerksam wurde, kann ich nicht genau sagen, da ich der breiten Masse vor der Show vermutlich nicht geläufig war. Mein Drag ist in seiner Art und Qualität denke ich herausgestochen.

Seit wann machst Du Drag und wie bist Du dazugekommen? Was sollten unsere Leser*innen über Drag wissen?

Ich habe 2011 über mein Ehrenamt bei der AIDS-Hilfe mit Drag angefangen, indem ich als Vava auf Veranstaltungen

Kondome verteilt, Prävention betrieben habe und so mit Menschen ins Gespräch gekommen bin. Drag spielt mit Identität und Geschlechterrollen, es muss also nicht unbedingt ein schwuler Mann sein, der auf der Bühne eine weibliche Diva darstellt. Jede*r kann sich mit Drag kreativ ausleben und sich seinen eigenen Superhelden erschaffen.

Durch die Show Queen of Drags haben queere Themen eine ganz neue Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit bekommen und hoffentlich viele Berührungspunkte abgebaut. Denkst Du Queen of Drags hat neben dem gesteigerten Interesse auch das Verständnis für queere Menschen und Themen erhöht?

Queen of Drags ist eine Unterhaltungsshow. Wie viele Menschen man damit erreicht, die sich mit queeren Themen nicht auseinandersetzen

möchten, ist die Frage. Allerdings haben wir sehr viele Zuschriften von Menschen bekommen, denen die Show Mut gemacht hat, denen unsere Geschichten neue Einblicke gegeben haben, oder die durch die Show zum ersten Mal mit ihren Familien über LSBTTIQ-Themen sprechen konnten. Und ich denke damit allein, hat Queen of Drags schon viel Positives bewirkt.

Queen of Drags hat den Zuschauer*innen Mut gemacht, man selbst zu sein und sich zu zeigen. Bekommst Du Feedback, was die Show und Eure Performances bei Leuten bewirkt haben?

Ja! Immer noch regelmäßig. Und das ist wundervoll zu hören, dass man Leute erreicht und bereichert hat, ihnen durch die Show den Mut gegeben hat, mehr sie selbst zu sein, oder sich kreativ auszuleben. Ich bekomme Nachrichten von Kids, die sich zum ersten

Mal gegenüber ihren Eltern öffnen konnten, genauso wie von Eltern, denen die Show geholfen hat, ihre Kinder besser zu verstehen.

Durch den Sender und die Sendezeit zur Primetime habt Ihr ganz neue Zielgruppen erreicht und begeistert. Wie hast Du das wahrgenommen? Waren Zielgruppen darunter, die Dich besonders überrascht haben?

Zum einen spricht eine Show über Drag natürlich queeres und dragbegeistertes Publikum an, aber auch alle drei Juroren haben ihre ganz eigenen Fangemeinden und durch Pro7 sind noch viele weitere Menschen mit Drag in Berührung gekommen. Dass Queen of Drags viele heterosexuelle Frauen und Teenies in der Findungsphase anspricht, habe ich erwartet, es zu erleben ist aber doch nochmal etwas anderes. Und ich war überrascht, wie jung manche Fans sind – also nicht nur Teenies sondern auch wirklich junge Kinder.

In Deinen Performances in der Show hast Du Statements zu Themen wie Feminismus, Zukunft und Verletzlichkeit gesetzt und in den Interviews queere Themen immer wieder in den Vordergrund gerückt. Wie wichtig war es Dir, neben der Unterhaltung den Zuschauern auch Botschaften mitzugeben und diese Themen zu platzieren?

Von Anfang an war für mich ein Abschlusskriterium, ob unsere Identität und Kunst wertschätzend behandelt und ob queere Geschichten Gehör finden werden. Drag ist queere Kultur, ist politisch und gesellschaftskritisch. Mir war wichtig, das zu zeigen, meine Identität einfließen zu lassen und die Plattform positiv zu nutzen. Bei Drag geht es nicht darum, die Schönste zu sein oder die teuersten Kleider zu tragen – Drag benötigt Kreativität, Individualität und sich kritisch mit seiner Identität und der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Durch Fernsehen Menschen „kennen zu lernen“ und mit ihnen mitzufühlen bietet die Chance, Verständnis für Lebenswelten zu schaffen, mit denen man vorher keinerlei Berührungspunkte hatte. Und das wollte ich durch meine Teilnahme mit ermöglichen.

Außerdem bist Du auch bei der AIDS-Hilfe Stuttgart e.V. aktiv. Wie bist Du zu Deinem Ehrenamt gekommen?

Ich war vor der AIDS-Hilfe bereits in einer der Jugendgruppen der Initiativegruppe Homosexualität Stuttgart e.V. und dadurch auch mit dem LSBTTIQ Zentrum Weissenburg eng vernetzt, wo auch meine Dragfamilie House of V die letzten drei Jahre ihre ausverkauften Shows veranstaltet hat. Dort hat uns ein Mitarbeiter der AIDS-Hilfe deren Arbeit vorgestellt und für das MSM-Präventionsprojekt gewinnen können. Ehrenamt mit Feiern zu verbinden, war attraktiv.

Welche Auswirkungen, Deiner ehrenamtlichen Arbeit, spürst Du persönlich und im Kontakt mit den Menschen, für die Du Dich engagierst?

Ich glaube, sich für andere einzusetzen ist nie verkehrt. Mit Drag und Vava helfe ich Leuten glaube ich mehr, indem ich inspiriere und eine Stimme gebe. In der Jugendarbeit der ihs konnte ich miterleben, wie sich queere Jugendliche entwickeln und aufblühen in ihrer Identität, wenn man ihnen die Möglichkeit zur Entfaltung gibt. Die ihs und Weissenburg bieten beispielsweise auch Beratungsangebote und Hilfe für Geflüchtete an. Da erlebt man im direkten Umgang mit den Menschen immer, wie wichtig solche Angebote sind.



Lena Plaut und Vava Vilde in Zivil

Auch beim Ehrenamt in der AIDS-Hilfe sind alle immer dankbar, dass es die Angebote und Anlaufstellen für ihre Fragen und Probleme gibt.

Wir im Verband setzen uns ja auch sehr mit dem Thema Hate Speech und Hass auf Social Media auseinander. Queere Menschen sind von negativen Kommentaren und Drohungen auf Social Media besonders betroffen. Wie gehst Du mit Hass auf Social Media um? Hat es sich nach der Show verändert?

Vor der Show haben sich natürlich viel weniger Menschen für mich interessiert und in der Öffentlichkeit zu sein macht angreifbar. Aber ich habe zur Show hauptsächlich positive Rückmeldungen bekommen, vermutlich weil sich ganz andere Menschen von mir angesprochen fühlen. Insgesamt versuche ich, Hass humorvoll und aufklärend zu begegnen, wenn er auf Unwissenheit beruht und die Menschen offen für Input sind. Ansonsten sollte man auf Social Media aber nicht davor zurückschrecken, Hass erfüllt einfach zu blockieren. Insgesamt ist mir die Meinung solcher Leute vollkommen egal, da sie keinerlei Einfluss auf mein Leben hat. Ich umgebe mich lieber mit Menschen, die mein Leben bereichern.

Wenn unsere Welt ein bisschen mehr sein könnte wie Planet Vava, was wünschst Du Dir für die Zukunft unserer Gesellschaft?

Ganz salopp gesagt, würde ich mir weniger Dummheit und Ignoranz wünschen. Weniger schwarz-weiß im Denken und Handeln, mehr Miteinander und Rücksicht aufeinander. Warum nicht die Welt durch unsere kurze Anwesenheit ein bisschen besser machen?

Das Interview führte Lena Plaut

Weitere Informationen

Vava Vildes Instagram:
www.instagram.com/vavavilde
 AIDS-Hilfe Stuttgart:
www.aidshilfe-stuttgart.de



Drei Fragen an Heike Gronski, Deutsche AIDS-Hilfe

Die Deutsche AIDS-Hilfe wurde im Jahr 1983 gegründet. Sie ist ein Dachverband von rund 130 Organisationen und Einrichtungen in Deutschland und vertritt die Interessen von Menschen mit HIV/Aids in der Öffentlichkeit sowie gegenüber Politik, Wissenschaft und medizinischer Forschung. Die AIDS-Hilfe bietet Unterstützung von Menschen mit HIV/AIDS an und setzt auch auf Prävention, indem sie in Beratungsstellen anonyme HIV-Tests anbietet.

Heike Gronski ist Referentin „Leben mit HIV“ und beschäftigt sich seit langem mit der Infektion und der Krankheit. Mit ihr haben wir über Veränderungen im Umgang mit der Krankheit gesprochen.

Frau Gronski, sie sind seit 1998 bei der Aidshilfe aktiv. Wie hat sich die Präventionsarbeit in 22 Jahren verändert?

Vor allem hat sich das Leben mit HIV geändert. HIV ist eine gut behandelbare Infektion geworden. Menschen mit HIV führen in der Regel ein Leben wie andere Menschen auch: Sie arbeiten, reisen, haben Sex, gründen Familien oder Firmen, machen Karriere, werden alt und beziehen Renten.

Auch beim Schutz vor der HIV-Übertragung hat sich einiges getan: Mittlerweile gibt es drei Möglichkeiten. Neben dem Kondom gibt es die vorbeugende Einnahme eines Medikaments, die PrEP, und den „Schutz durch Therapie“. Bei medikamentöser Behandlung ist HIV nämlich nicht mehr übertragbar.

Das macht die Präventionsarbeit zwar anspruchsvoller, bietet aber vor allem neue Möglichkeiten und Freiheiten. Sex ohne Kondom ist wieder ohne Risiko möglich. Das schafft Entlastung und trägt für viele zu einer erfüllten Sexualität bei.

Die Neuinfektionen mit HIV gehen seit 2015 kontinuierlich zurück. Woran liegt das?

Das hat verschiedene Gründe. Zum einen wird seit 2015 empfohlen, schon direkt nach der HIV-Diagnose mit einer Behandlung zu beginnen. Darum nehmen insgesamt immer mehr Menschen mit HIV Medikamente. Da HIV unter Therapie nicht übertragbar ist, werden so auch weitere Infektionen

verhindert.

Zugleich sind die Testangebote besser geworden, so dass Menschen auch früher von ihrer Infektion erfahren, vor allem schwule Männer. Sich testen zu lassen ist leichter und unkomplizierter geworden: Es gibt vielfältige Angebote in Beratungsstellen und Checkpoints. Beim Schnelltest bekommt man das Ergebnis sofort vor Ort. Seit 2018 sind HIV-Tests auch in Apotheken und Drogerien erhältlich und können selbst angewendet werden.

Ein weiterer Meilenstein war die Einführung der PrEP, die seit 2019 auch Kassenleistung ist. Sie spricht insbesondere die Menschen an, für die durchgängiger Kondomgebrauch aus verschiedenen Gründen keine Option ist und die daher zuvor ein sehr hohes Risiko hatten.

Welche Herausforderungen sehen Sie für die Zukunft in Ihrer Arbeit?

All diese positiven Entwicklungen haben leider nicht dazu geführt, dass Diskriminierung im gleichen Maße abgenommen hat. Immer noch haben viele völlig unbegründete Infektionsängste und reagieren deswegen ablehnend, wenn jemand sich als HIV-positiv outet. Das passiert zum Beispiel häufig im Medizinsystem, etwa wenn HIV-positive Patient_innen einen Termin in der Zahnarztpraxis machen möchten.

Auch im Arbeitsleben kommt es immer wieder zu Benachteiligung, wenn die Infektion bekannt wird. Menschen

mit HIV machen außerdem schlechte Erfahrungen bei der Partnersuche und erleben Schuldzuweisungen im familiären Umfeld. Oftmals triggern diese Situationen frühere negative Erfahrungen, die jemand beim schwulen Coming-out oder aufgrund von Rassismus gemacht hat.

Viele HIV-Positive verheimlichen daher ihre Infektion. Die Angst vor Entdeckung ist ein dauerhafter Stressor und wirkt sich negativ auf die Gesundheit aus. Sie kann zu problematischem Drogenkonsum oder Depressionen führen.

Zugleich trägt die Angst vor Zurückweisung und Abwertung dazu bei, dass Menschen aus Angst vorm Ergebnis keinen HIV-Test machen. Noch immer wissen rund 11.000 in Deutschland nichts von ihrer Infektion. Sie laufen Gefahr, schwer zu erkranken und HIV bleibt bei ihnen übertragbar.

Solange die Gesellschaft keinen angemessenen und selbstverständlichen Umgang mit HIV findet, fällt dies auch Menschen mit HIV schwer. Die Aids-hilfen vermitteln Wissen und unterstützen Menschen mit HIV dabei, einen entspannten und offenen Umgang mit der Infektion zu entwickeln. Wir helfen dabei, mit Ablehnung umzugehen und unterstützen Menschen mit HIV dabei, sich gegen Diskriminierung zu wehren.

Die Fragen stellte Philipp Meinert
Weitere Infos auf www.aidshilfe.de

In Ordenstracht gegen HIV und Co.

Die Aufklärung über Geschlechtskrankheiten, besonders HIV und AIDS, hat sich in den vergangenen Jahren grundsätzlich gewandelt. In den Achtzigern, als HIV noch fast zwangsläufig zu einer AIDS-Infektion und zum sicheren Tod führten, waren die Mittel oft dementsprechend deutlich: Die ersten AIDS-Aktivist*innengruppen wie ACT UP oder Queer Nation trugen in den USA Grabsteine mit den Namen von AIDS-Toten. In den Neunzigern änderte sich wieder etwas im Erscheinungsbild. AIDS war nach wie vor eine tödliche Krankheit, aber die Ansprache änderte sich. Humor war erlaubt. Hella von Sinnen, die als schrille Kassiererin im Supermarkt mit ihrem Ausruf „Tinaaaa, wat kosten die Kondome?“ einen verklemmten Kunden bloßstellte, ist bis heute bekannt.

Seit gut 20 Jahren ist HIV kontrollierbar. Zum Ausbruch von AIDS kommt es mit den richtigen Medikamenten nicht mehr und auch das Kondom ist nicht mehr der einzige Schutz vor Ansteckung. Das verändert auch die Präventionsarbeit, besonders in der schwulen Community, nach wie vor eine Gruppe, die durch Prävention besonders angesprochen werden müssen. Selbstverständlich stellt HIV immer noch eine große Bedrohung dar, aber die heutige Generation schwuler Männer hat den AIDS-Schock nicht mehr erlebt. Beide Faktoren erlauben auch trotz der Ernsthaftigkeit des Themas eine niedrigschwellige und kreative Ansprache.

Als Nonne in der queeren Szene

So macht es Sister Mary Clarence, und zwar in Gestalt einer Ordensschwester. Dabei trägt sie dabei einen Habit, eine Nonnentracht. Allerdings keine klassische schwarzweiße Tracht, sondern einen bunten, oft glitzernden Habit mit zahlreichen Ansteckern verziert, dazu ein weiß geschminktes Gesicht. Natürlich ist sie keine katholische Geistliche, die in einem Kloster lebt, sondern als queere Nonne in der Berliner Szene unterwegs. Die Idee, in dieser Form Aufklärung zu betreiben, entstand bereits in den späten Siebziger Jahren in San Francisco, als sich die Sisters of Perpetual Indulgence gründeten. „Wir haben uns entschieden, die Attribute der Ordensschwestern zu übernehmen, die bei Ihrem Gelübte versprochen haben für Menschen da zu sein, die Hilfe und Geborgenheit brauchen“, erklärt Sister Mary Clarence an Antrieb für ihre Arbeit. Als Schwestern der Perpetuellen Indulgenz gründeten sich auch ab den

frühen Neunzigern diverse Orden in Deutschland. 2013 gründete Sister Mary Clarence das House of Queer Sisters 2013 in Berlin, mit dem heiligen Segen einer Gründungsschwester aus San Francisco. Beide Orden kümmern sich um den Bereich Gesundheitsprävention, beim House of Queer Sisters kommt noch Behinderten- und Flüchtlingshilfe sowie der Bereich Menschenrechte hinzu sowie Bildung: „Wir bieten auch Fortbildungen und Seminare an, bei denen Ärztinnen und Ärzte referieren zu den Themen HIV, AIDS, STIs und Hepatitiden.“ Tatsächlich geht es bei der Aufklärung nicht nur um die nüchterne Erklärung medizinischer Fakten.

Auch Geflüchtete gehören zur Community

Die Queer Sisters stellen auch ein Angebot dar für diejenigen, die sie nicht in den Treffpunkten der Szene finden. Gerade queere Geflüchtete sind oft noch besonderen Repressionen ausgesetzt, auch durch die eigenen Landsleute. Für queere Geflüchtete betreibt unter anderem die Schwulenberatung eigene Unterbringungsmöglichkeiten. Die Probleme fangen da oft schon mit der Ansprache an: „Vielen muss vorher gesagt werden, dass sie zu uns, also zur LGBTIQ-Community gehören. Die können nicht einfach sagen, dass sie schwul oder lesbisch sind“, erklärt Sister Mary Clarence. Ein Outing ist in vielen Herkunftsländern keine Selbstverständlichkeit. „Für viele ist auch schwierig, einfach zur AIDS-Hilfe zu gehen, wenn sie sich testen lassen wollen. Es könnte sie ja einer ihrer Landsleute dabei beobachten, wie sie reingehen“, erklärt Sister Mary Clarence. Daher ver-



mittelt das House of Queer Sisters auch Ärztinnen und Ärzte, die zum Beispiel mal Blut für den HIV-Test abnehmen. Aber warum der Habit, frage ich. Sie könne doch auch ganz normal in Jeans und T-Shirt für einen Präventionsverein arbeiten. Doch sowohl für Sister Mary Clarence als auch die Klient*innen habe der Look Vorteile, erklärt sie: „Es ist leichter, im Habit und geschminkt auf die Leute zuzugehen. Mit der Schminke verschwindet man in eine Rolle. Und anderen wiederum fällt es leichter, mit mir in Kontakt zu kommen, weil man weiß nicht direkt, wer unter der Schminke steckt“, erklärt sie. Außerdem sei sie sowieso schon immer jemand gewesen, der sich sehr gerne schminkt. Das Schöne mit dem Nützlichen verbinden, also.

Keine Probleme mit Katholik*innen

Aber wie kommt ihr Outfit eigentlich bei gläubigen Katholik*innen an, die so etwas als Beleidigung empfinden könnten? „Bis heute haben wir mit den katholischen Ordensschwestern keine Probleme gehabt“, meint Sister Mary Clarence. Und bei einigen Ordensschwestern sei es ja so, dass sie in Kliniken oder Hospizen arbeiten und so auch Menschen mit HIV/AIDS betreuen. So weit weg ist man da gar nicht vom historischen Vorbild. Und wenn doch jemand frage warum, werde die Absicht erklärt und man gehe mit einem Lächeln auseinander.

Philipp Meinert

Weitere Informationen:

www.house-of-queer-sisters.org und unter info@house-of-queer-sisters.org

Auf der Suche nach einem Zuhause

Unter dem Motto „Ohren auf! Herzen auf! Türen auf!“ hat der Paritätische Oberbayern zusammen mit fünf Mitgliedsorganisationen eine Wohnungskampagne für LGBTI*(lesbisch, schwul, bisexuell, transgener und intersexuell)-Geflüchtete gestartet.

Damit sollen alle Menschen angesprochen werden, die über Wohnraum verfügen und bereit sind, anerkannte lesbische, schwule und trans* Geflüchtete in München und Umland zu unterstützen.

Immoscout ist das Portal auf dem sich Hanaa am häufigsten einloggt. Seit ihrer Anerkennung als Geflüchtete sucht die 26jährige Transfrau aus Tansania verzweifelt eine Wohnung in München. In der teuersten Metropole Deutschlands ist das kein leichtes Unterfangen – nicht mal für Urbayern mit regeltem Einkommen. Im Moment lebt Hanaa in einer Flüchtlingsunterkunft im Münchner Osten, aber das gestaltet sich schwierig – vor allem, weil sie demnächst eine Hormonbehandlung beginnen will, um auch äußerlich mehr zur Frau zu werden. Dafür braucht sie viel Ruhe. Abgesehen davon, hat sie Angst, dass mit ihrer äußerlichen Veränderung die Belästigungen durch heterosexuelle Campbewohner wieder zunehmen. „Früher litt ich an Depressionen und habe mich selbst geschnitten“, erzählt sie. Vor ihrer Zeit im Münchner Osten wohnte sie in einer Unterkunft im 40 Kilometer entfernten Fürstenfeldbruck und

fürchtete dort um Leib und Leben: „You homosexuals have to be killed!“, schrie sie einer ihrer Mitbewohner an. Ihr Zimmer wurde verwüstet. Doch das Wachpersonal war keine Hilfe und zeigte selbst homophobe Tendenzen. Hanaa musste deshalb hart für eine Verlegung kämpfen. Im Münchner Osten ist es ein bisschen besser, denn hier muss sie sich das Zimmer immerhin nicht mehr mit heterosexuellen Männern teilen. Sie kann jetzt mit einer Freundin zusammenwohnen. Trotzdem bleibt die Angst. Dabei wären die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wohnungssuche gar nicht so schlecht: das Jobcenter hat ihr 600 bis 700 Euro monatlich für die Miete bewilligt, doch Hanaa wird gar nicht erst zu den Besichtigungsterminen eingeladen. Allerdings weiß sie nicht, was dabei die größere Rolle spielt, dass sie aus Afrika kommt oder dass sie eine Transfrau ist.

Doppelt gestraft bei der Wohnungssuche

Annika Brose-Görl, Beraterin beim Schwulen Kommunikations- und Kulturzentrum SUB in München, kennt die Problematik. An sie wenden sich oft schwule Geflüchtete, die bereits anerkannt sind und zum Teil schon einen Job haben, aber trotzdem noch in der Asylbewerber-Unterkunft leben müssen, weil sie keine Wohnung finden. Viele sind „doppelt gestraft“ sagt sie, denn „sie trauen sich nicht ihre sexuelle Identität auszuleben und müssen gleichzeitig noch Angst vor Übergriffen haben, wenn die meist heterosexuellen Mitbewohner entdecken, dass sie schwul sind“. Davon kann auch Hamid



(Name von der Redaktion geändert) ein Lied singen. Er lebt mit drei heterosexuellen Männern in einem winzigen Raum, obwohl er bereits seine Anerkennung hat und bis zur Corona-Krise in der Lebensmittelindustrie beschäftigt war. Seit über einem Jahr sucht er vergeblich nach einer Wohnung und könnte sich diese sogar leisten. Streng genommen müsste er längst aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen, doch er findet in München und Umgebung kein Apartment. Hamid kommt ursprünglich aus Sansibar und lebte dort in ständiger Angst, wegen seiner Homosexualität ins Gefängnis zu müssen oder verprügelt zu werden. Nach einer Odyssee über Tansania und den Oman kehrte er zurück nach Sansibar und beantragte dort ein Visum für Deutschland. Noch immer leidet er unter einer posttraumatischen Belastungsstörung und chronischen Angstzuständen. Dass zwei seiner Mitbewohner kein Englisch sprechen und er sich mit ihnen nicht verständigen kann, macht die Situation noch schwieriger.

Vermieter*innen gezielt ansprechen

Das SUB betreut jährlich 250 Menschen wie Hamid. Annika Brose-Görl unterstützt die Betroffenen, indem sie ihnen Tipps bei der Wohnungssuche



gibt, Aushänge auf dem schwarzen Brett macht, oder einfach ein offenes Ohr hat. SUB und LeTRa (Lesbenberatungsstelle) verfügen auch über Wohnprojekte in denen LGBTI*-Geflüchtete unterkommen können, doch die sind in der Regel voll. Derzeit sind ca. 60 von LeTRa und SUB betreute LGBTI*-Geflüchtete auf Wohnungssuche.

Im November startete der Paritätische in München die Kampagne „Ohren auf! Herzen auf! Türen auf!“ für LGBTI*-Geflüchtete auf Wohnungssuche. Auf Großwandflächen in der U-Bahn oder an Plakatwänden am Straßenrand wurden zwei Monate lang Vermieter*innen mit einer Fotokampagne angesprochen, Wohnraum an lesbische, schwule, trans* und inter*geschlechtliche Geflüchtete zu vermieten. Darüber hinaus wurden Postkarten verteilt und in einem Serienbrief 200 Genossenschaften und Immobilienmakler angeschrieben. Die Resonanz war positiv, wenn auch noch längst nicht stark genug für die Vielzahl an queeren Wohnungssuchenden. Im Blick hatte man dabei LGBTI*-Geflüchtete, die bereits über den Status der Anerkennung verfügen. Der Paritätische arbeitet bei dieser Kampagne mit den fünf Paritätischen Organisationen in München zusammen, die Hilfe für LGBTI* Geflüchtete anbieten: Sub, LeTRa, TIB (die Trans*Inter* Beratungsstelle der Münchner Aids-Hilfe e.V.), IMMA – Initiative für Münchner Mädchen und das FTZ – FrauenTherapieZentrum.

Erwartungen auch herunterschrauben

Hilfe bietet auch der Verein „Münchener Freiwillige“. Sie unterstützen Geflüchtete nicht nur bei der Wohnungssuche, sondern springen auch ein, wenn ein Vermieter Bedenken hat, einen Mietvertrag unmittelbar mit Geflüchteten zu schließen. Der Verein mietet dann die Wohnung an und kümmert sich selbst um die Untervermietung. Das bietet den Vermieter*innen „maximale Verlässlichkeit und ermöglicht mehr Menschen den Zugang zu Wohnungen“, sagt Martin Brög von den Münchener Freiwilligen. Der Verein hat auch

schon mehrere „Integrations-WGs“ mit Geflüchteten und Deutschen gegründet. Allerdings erwarte man, so Brög, eine „gewisse Mietfähigkeit“. Das bedeutet: alle, die über die Münchner Freiwilligen eine Wohnung oder ein WG-Zimmer mieten wollen, sollen sich mit den Regeln und Pflichten des Wohnens hierzulande vertraut machen. Dazu gehört auch „überzogene Erwartungen, wie, dass man in München selbstverständlich 50 Quadratmeter zur Verfügung hat, runterschrauben“. Dabei sieht Brög auch die Beratungsstellen in der Pflicht, die Geflüchteten aufzuklären.

Hohe Gefängnisstrafen für Homosexualität

Auf die Kampagne des Paritätischen haben sich bisher 10 private Vermieter*innen gemeldet und einige Makler und Genossenschaften haben ihr Interesse bekundet. Saida* (Name geändert) aus Uganda hofft, dass es bald noch mehr werden. Uganda zählt zu den homophobsten Ländern der Welt, gleichgeschlechtlicher Sex wird dort mit teils lebenslangen Haftstrafen belegt. Saida war dort wegen ihrer sexuellen Neigung im Gefängnis und floh nach ihrer Freilassung überstürzt aus dem Land. Ihre Tochter konnte sie nicht mitnehmen. Doch Saida hat große Sehnsucht nach ihr. Inzwischen ist ihr Flüchtlingsstatus anerkannt und sie hat einen Job in der Gastronomie.

Nebenbei lernt sie fleißig deutsch und möchte der Gesellschaft etwas zurückgeben. Zwei Jahre lebte sie hier im Kirchenasyl und bezog nach einem kurzen und nicht sehr positiven Aufenthalt in einer Asylbewerber-Unterkunft wieder ein kleines Zimmer in einem Kloster. Doch leider kann sie die 15jährige Tochter dort nicht zu sich holen. Daher braucht Saida dringend eine eigene Wohnung.

Vermieter*innen ermöglichen selbstbestimmtes Leben

Viele lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und inter*geschlechtliche Geflüchtete möchten nach der Verfolgung in ihren Heimatländern hier ein neues Leben in einer offenen Gesellschaft beginnen. Dafür unternehmen sie auch etliche Anstrengungen, lernen Deutsch und suchen sich Arbeitsstellen. Allerdings ist ein freies Leben in der teils homophoben Umgebung in Gemeinschaftsunterkünften schwer möglich. Daher brauchen sie Vermieter*innen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland ermöglichen.

Gabriele Winter

Weitere Informationen

Bei Fragen oder Wohnungsangeboten wenden Sie sich gerne an Karin Majewski, Geschäftsführerin, der Paritätische in Oberbayern:
open@paritaet-bayern.de



„Barrierefreiheit wird nicht mitgedacht“



Als Peter Hölscher sich geoutet hat, war er zwanzig Jahre alt. Er ging zu seiner „alten Dame“ und gab ihr einen Brief von seiner Liebschaft mit den Worten: „Hier weißte Bescheid.“ Sie sagte nur später: „Mein Gott, ich kann das auch nicht ändern“ und zu anderen: „Guckt erstmal bei euch zuhause!“. Anschließend durfte der junge Mann seinen Freund zur Übernachtung mit nach Hause bringen. Das war in den Siebzigern. Der 67-Jährige hatte es vielleicht insgesamt etwas schwerer im Leben.

Denn seit zehn Jahren sitzt Peter Hölscher nach einem häuslichen Unfall im Rollstuhl. Er stürzte und lag sieben Stunden alleine in der Wohnung, bis man ihn fand. Danach wurde der Düs-



Ina Rosenthal vom Verein RuT in Berlin

seldorfer sechs Stunden lang operiert. Diagnose: ein inkompletter Querschnitt. „Am Anfang ging gar nichts“, erinnert sich der 67-Jährige. Seine Bewegungsfähigkeit im Oberkörper konnte er sich mühselig zurück erarbeiten, die Beine blieben gelähmt.

„Ich bin als Schwuler noch nie auf Ablehnung gestoßen. Ich habe immer festgestellt, je offener ich damit umgehe, desto entwaffnender ist das“, berichtet Peter Hölscher. Bei der Behinderung sei das etwas anderes. Manchmal habe der Düsseldorfer das Gefühl, nicht wirklich als Mensch wahrgenommen zu werden. Einige würden so handeln, als sei er auch im Kopf nicht ganz richtig. Nicht nur einmal sei in seiner Anwesenheit über ihn gesprochen worden, als wäre er nicht dabei. „Kann er denn noch laufen?“, fragte jemand seinen Begleiter. „Er kann und er kann auch hören“, antwortete Peter Hölscher. Er fühlt sich diskriminiert.

„Es liegt noch ein weiter Weg vor uns“
 Mehrfachdiskriminiert: So heißen die Menschen, die gleich wegen mehrerer Begebenheiten im öffentlichen Leben schlechter behandelt werden. Wie Peter, der zugleich schwul ist und im Rollstuhl sitzt. „Es gibt ’ne ganze Menge Diskriminierung“, sagt Ina Rosenthal vom Verein „Rad und Tat – Of-

Menschen mit Behinderungen finden in der Queer-Community nicht statt, meint Peter Hölscher. Der Düsseldorfer ist schwul und querschnittsgelähmt. Viele fühlen sich in der Szene noch mehr diskriminiert als sonst. Zudem wird die Sexualität im Alter, so auch in Pflegeeinrichtungen, tabuisiert. Ein junges Thema, das immer mehr Gehör findet.

fene Initiative Lesbischer Frauen“ (RuT) in Berlin. Bei manchen Menschen häuften sich die Diskriminierungen geradezu. So seien lesbische Frauen mit Behinderung sogar noch mehr betroffen von Diskriminierung, weil sie eben Frauen sind. Der Verein und die gleichnamige Einrichtung in Berlin Neukölln wurden vor mehr als 30 Jahren von einer Gruppe älterer und behinderter lesbischer Frauen gegründet. Sie leisten Lobbyarbeit, haben einen Besuchsdienst sowie ein Infrastrukturprojekt und planen ein Wohnprojekt. Was die Gleichstellung betrifft, liege immer noch ein weiter Weg vor ihnen, so Ina Rosenthal.

Beim CSD nicht auf die Bühne können

Auch Peter Hölscher merkte nach seiner Verletzung, dass vieles noch nicht gut läuft: Als Schwuler mit Behinderung finde er in der Community gar nicht statt. Barrierefreie Lokalzugänge in der Szene gebe es praktisch nicht, beim CSD könne der Düsseldorfer nicht auf die Bühne der Abschlussveranstaltung. Es hieße immer, Barrierefreiheit koste zu viel Geld, aber: „So einfach ist das nicht“, meint der 67-Jährige. Auch zeige das schwule Männermagazin ein typisches Rollenbild, das eben nicht Menschen mit Behinderungen anspreche: „Jung, makellos,

körperbewusst und körperbetont“, sagt der 67-Jährige. „Diskriminierung von behinderten Menschen ist bei Schwulen ganz besonders ausgeprägt, wenn auch ungewollt“, davon ist Peter Hölscher überzeugt.

Das Ergebnis eines Fachtags zum Lebensraum LSBTIQ mit Behinderung in Bielefeld (2019) bestätigt Peter Hölschers Annahme: In der „queeren Szene“ scheine die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung stärker spürbar als in der Allgemeinbevölkerung. Deswegen bietet RuT in Berlin auch ein Infrastrukturprojekt an. Ziel des Projekts ist es, die LSBTIQ* Szenen für diese Ausschlüsse aus der Gesellschaft zu sensibilisieren und Barrieren abzubauen. Viel Lobbyarbeit in der Queercommunity gehöre dazu, sagt Mitarbeiterin Ina Rosenthal. Obwohl RuT ein örtlicher Verein sei, würden sie deutschlandweit um Hilfe gebeten. „Der Bedarf ist unglaublich.“ Das kann Peter bestätigen, er macht die Dinge, fährt beim Rosenmontagszug mit, geht zur Abschlussparty des CSD, obwohl er mit Schwierigkeiten zu rechnen hat. Andere sind da nicht so mutig.

Wäre sein Leben anders verlaufen?

Vielleicht ist sein Mut auch ein Resultat seines schwierigen Lebensweges: Das Lebensereignis, was ihn und seine Schwestern wohl mit am meisten geprägt haben mag, ist der frühe Tod der Eltern. Als der gebürtige Lippstädter neun war, erlag sein Vater einem Herzinfarkt. Ein dreiviertel Jahr später starb seine Mutter durch einen inoperablen Hirntumor. „Ich habe meinem Vater lange mein Schicksal ein Stück weit angelastet“, erinnert sich Peter Hölscher – weil sein Vater im hohen Alter noch Kinder zeugte. Heute hadert er nicht

mit seinem Schicksal. „Hätte mein Vater gewusst, dass ich schwul bin, mein Leben hätte einen ganz anderen Lauf genommen“, sagt der 67-Jährige. Der Düsseldorfer ist ein positiver Mensch, der das Leben liebt. Leben und leben lassen, in diesem Punkt hat ihn ganz besonders „seine alte Dame“ geprägt, eine Tante, die mit ihrem Mann die Kinder zu sich nahm.

Schließlich hat der Düsseldorfer auch Sinn in seinem Schicksal gefunden: Peter ist im Vorstand des schwulen Netzwerks NRW, Mitglied des runden Tisches, im Forum des Gleichstellungsausschusses der Stadt Düsseldorf und Vorstand im Verein queerhandicap. Seine ehrenamtliche Tätigkeit konzentriert sich momentan auf das vom Land NRW geförderte Projekt LSBTIQ* mit Behinderung und dem im November 2020 stattfindenden Fachtag mit Forum und Benefizgala.

Es passiert viel: Die Vereinsmitglieder von queerhandicap bauen zudem ein bundesweites Netzwerk auf und schaffen so die Infrastruktur für örtliche Gruppen. „Damit das Problem sichtbar wird, die Menschen aus der Isolation kommen“, sagt Peter Hölscher. Zudem startete im Februar in Bielefeld eine landesweite Studie zur Lebenssituation und zu Herausforderungen für queere Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankung, psychischen und sonstigen Beeinträchtigungen in der ambulanten oder stationären Pflege. Damit Bedarfe ermittelt und die Situationen verbessert werden können. Peter weiß schon jetzt: „Es wird sicherlich Veränderungsbedarf geben.“

Das bestätigt auch Ina Rosenthal von RuT: LSBTIQ-Menschen mit Beeinträchtigungen bräuchten eigene Schutzräume. Auch deswegen will der Berliner Verein ein Wohnprojekt umsetzen. Lesbische Frauen mit und ohne Behinderung im Alter von 70 bis 90 Jahren können dabei zusammenleben, ohne sich verstecken zu müssen. Für viele wäre das das erste Mal. Die Berlinerinnen kenne ein Paar, das seit 50 Jahren zusammenlebt, ohne sich jemals geoutet zu haben. Das sei die Genera-

Peter Hölscher viel Schlimmes erlebt hat, gibt er nicht auf. Im Gegenteil: „Ich liebe das Leben“, sagt er.



tion der Kriegszeitkinder, die extrem von Diskriminierung betroffen gewesen seien. In den Heimen treffen Generationen aufeinander, bei denen Homosexualität nicht toleriert werde. Die Menschen bräuchten zudem eine Möglichkeit, ihren Lebensabend bestmöglich verbringen zu können. „Es geht auch darum, Erfahrung zu teilen“, das sei vor allem auch bei Menschen mit Demenz sehr wichtig.

Peter Hölscher blickt in die Vergangenheit: Er hatte immer wieder die Idee, ein anderes Leben einzuschlagen. So überlegte der Westfale seine langjährige, Jugendfreundin zu heiraten oder stand auch einmal davor, ins Priesterseminar zu gehen. Aber dann tönte die Stimme seiner alten Dame in ihm, die zu seiner eigenen geworden ist: „Naja, das musst du ja selber wissen, aber ob du damit glücklich wirst, das bezweifle ich“, sagte sie in solchen Situationen. Peter wusste, er wird es so nicht.

Annabell Fugmann



Weitere Informationen

Rad und Tat Berlin
www.rut-berlin.de
 LSBTIQ* inklusiv NRW
www.lsbtiq-inklusive.nrw

Wir helfen hier und jetzt – und das ist auch gut so!

Menschen unterschiedlicher geschlechtlicher und sexueller Identität bringen sich auf allen Ebenen des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) ein. Mit 50.000 haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen ist der Verband – sein Motto lautet „Wir helfen hier und jetzt.“ – eine der großen Hilfsorganisationen in Deutschland. In ihm spiegelt sich die Vielfalt der gelebten Lebensentwürfe unserer Gesellschaft wider. Das bundesweite LSBTI*-Netzwerk „Vielfalt im ASB“ macht diese Vielfalt sichtbar.



Der ASB beim Christopher Street Day 2019 in Köln

Ins Leben gerufen wurde der Zusammenschluss im März 2016 vom ASB Landesverband NRW und dem ASB Regionalverband Mannheim/Rhein-Neckar. Bereits 2015 begannen die Vorarbeiten für das Gründungstreffen in Köln. Das Netzwerk wurde von der Verbandsbasis, von Mitarbeiter*innen, initiiert. Dies unterscheidet es von manch anderen Diversity-Netzwerken in Organisationen, die top-down, etwa als Teil von notwendigen Compliance-Bestimmungen in Unternehmen, implementiert wurden.

Regelmäßige Treffen des Netzwerks

Alle Samariter*innen, egal welcher geschlechtlichen oder sexuellen Identität, können sich in das Netzwerk einbringen, organisatorisch wie inhaltlich. Das Netzwerk sieht sich als Teil eines Diversity-Prozesses im ASB. Auch den Bemühungen des LSBTI*-Netzwerkes ist es zu verdanken, dass im Jahr 2018 der ASB Deutschland einen umfassenden und bundesweiten Diversity-Management-Prozess auf den Weg gebracht hat. Bei seinen regelmäßigen Treffen setzen sich die Netzwerker*innen Schwerpunktthemen, deren Ergebnisse sie dann über Multiplikator*innen und ihre Medien in den Verband tragen. Wichtige Ansatzpunkte sind dabei die Angebote und die Arbeitsstrukturen des Verbandes. Seit seiner Gründung im Jahr 1888 bietet der ASB Dienste an, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Zum Beispiel in der Altenhilfe, im Rettungsdienst, der Ersten Hilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, der Hilfe für Menschen mit Behinde-

rung oder psychischer Erkrankung, der Auslandshilfe sowie der Aus- und Weiterbildung Erwachsener. Auch die Personalgewinnung und -bindung ist ein wichtiges Vielfaltsthema, deshalb haben sich ASB-Verbände verschiedener Ebenen der „Charta für Vielfalt“ verpflichtet. Die Charta ist eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen. Alle Mitarbeiter*innen sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Das LSBTI*-Netzwerk wirbt dafür, dass sich möglichst alle eigenständigen ASB-Organisationseinheiten der „Charta für Vielfalt“ anschließen, um so ein deutliches Zeichen für Vielfalt zu setzen.

Dauerthema Rechtsextremismus

Ein „Dauerbrenner“-Diskussionsthema im Netzwerk ist der wachsende Rechtsextremismus. LSBTI* sind wieder sichtbarer in den Fokus von rechten und gewalttätigen Kreisen gerückt. Das Netzwerk setzt sich mit den Strategien der Rechtsextremen auseinander und zeigt Flagge gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, so wie es auch der gesamte Verband tut: „Der ASB sieht sich an der Seite von Bürgerinnen und Bürgern, die Demokratie, Grundgesetz und eine offene Gesellschaft leben und verteidigen. Personen, die sich rechtspopulistisch bzw. rechtsextrem in Worten und/ oder Taten äußern, und/ oder mit Rechtspopulist*innen bzw.

Rechtsextremen sympathisieren, haben keinen Platz im ASB und in der ASJ.“, heißt es in einer vom Verband 2018 beschlossenen Resolution.

Beteiligung an Paraden

Eine besonders aufmerksamkeitsstarke Möglichkeit für das LSBTI*-Netzwerk und den ganzen ASB um für Vielfalt zu werben, sind die in vielen Städten jährlich stattfindenden Christopher-Street-Day-Demonstrationen. Der ASB beteiligt sich unter anderem an LSBTI*-Paraden in Hannover, Mannheim, Wiesbaden und Köln mit Wagen und Fußgruppen. Zudem stellt er Sanitätsdienste an verschiedenen CSD-Orten. Die bunten Demonstrationen sind auch eine gute Möglichkeit, sich mit der LSBTI*-Community weiter zu vernetzen. Denn der Austausch mit anderen queeren Organisationen ermöglicht es, von Erfahrungen anderer zu lernen, Best-Practice-Beispiele kennenzulernen und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln.

Frank Hoyer ist Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Arbeiter-Samariter-Bund NRW e.V.

Weitere Infos

Das LSBTI*-Netzwerk „Vielfalt im ASB“ im Internet:

www.asb-queer.de

www.facebook.com/asbqueer

www.instagram.com/asb_queer

Telefon 0221-949707-21

E-Mail: queer@asb-nrw.de

Drei Fragen an Jörg Duden, Schwulenberatung Berlin

Die Berliner Schwulenberatung gründete sich im Jahr 1981 als „Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Frauen und Männer“ im Stadtteil Kreuzberg. Dabei folgt sie seit jeher den Grundprinzipien, Hilfe zur Selbsthilfe, Akzeptanz unterschiedlicher Lebensstile, Professionalität verbunden mit persönlichen Erfahrungen aus der schwulen Lebenswelt und Solidarität.

Jörg Duden ist seit gut 11 Jahren Mitarbeiter der Schwulenberatung Berlin. Er ist gelernter Bankkaufmann und hat einen Abschluss als Sozialarbeiter und /-pädagoge. In der Schwulenberatung Berlin leitet er den Bereich Eingliederungshilfe und ist mit dem Geschäftsführer Marcel de Groot zusammen verantwortlich für die Umsetzung der geplanten KiTa im Lebensort Vielfalt am Südkreuz ab Herbst 2022.

Die Schwulenberatung Berlin plant die bundesweit erste queere Kindertagesstätte. Welche Rolle spielt das Thema „Queer“ derzeit in der frühkindlichen Bildung?

Das Berliner Bildungsprogramm geht in verschiedener Hinsicht darauf ein, dass zu den Aufgaben der Kindertagesstätten auch gehört, die Kinder nicht durch stereotypische Sichtweisen und Zuschreibungen zu beschränken und ihnen eine geschlechterbewusste Erziehung, Bildung und Erfahrungsmöglichkeiten zu bieten. Der Themenbereich Queer ist also fest im Berliner Bildungsprogramm verankert. Wir streben an, dieser Aufgabe dadurch gerecht zu werden, dass wir dem Aspekt vielfältiger Lebensweisen und auch vielfältiger Persönlichkeits-Identitäten ein „Gesicht“ geben.

Das Team unserer KiTa wird vornehmlich aus Kolleg*innen zusammengesetzt sein, die selbst der Zielgruppe LSBTI* angehören und die selbst bereits einen Umgang mit stereotypischen Sichtweisen und Zuschreibungen gefunden haben. Das Abweichen von heteronormativen Lebensentwürfen wird hier für Kinder sichtbar, erfahrbar und Teil des Alltags. Damit eröffnet sich für viele Kinder die Möglichkeit, Lebensformen jenseits heteronormativer Modelle als selbstverständlich wahrzunehmen und somit auch selbstverständlicher damit umzugehen – sowohl in Bezug auf sich selbst als auch in Bezug auf andere bzw. die eigene Familie.

Warum braucht es eine queere Kita?

Es braucht eine queere KiTa, weil das

Thema „Queer“ bzw. das Thema LSBTI* kein exklusives Thema für Erwachsene oder Volljährige ist. Die eigene Identität, die eigenen Ideen und Wünsche vom Leben, vom Lieben, von Freundschaft und Partnerschaft sind Themen, die alle angehen, auch die kleinsten unter uns. Kinder und/ oder Jugendliche benötigen ein vollumfängliches Bild verschiedener Lebensformen, um die Erfahrung zu machen, dass Vielfalt auch ein Teil ihres eigenen Lebens sein kann und damit keine gesellschaftliche Ächtung einhergehen muss. Und insbesondere im Kindesalter sind die normierten Vorbehalte so gering wie zu kaum einem anderen Zeitpunkt.

Aus eigenen Erfahrungen wissen wir, dass im Leben nahezu aller LSBTI*-Menschen eine Phase eintritt, in der sie sich allein fühlen, in der sie nicht wissen, mit wem sie über ihre Identität und Sexualität sprechen sollen, in der sie verunsichert sind und auch nur wenig Unterstützung bei der Persönlichkeitsentwicklung erhalten können, weil sie eben genau diesen Aspekt verheimlichen oder weil Bezugspersonen (Eltern usw.) von LSBTI*-Lebenswelten schlichtweg keine Kenntnisse haben und darüber hinaus lange nicht wissen, dass das eigene Kind der LSBTI*-Gruppe angehört. Die Schwulenberatung Berlin hat die satzungsgemäße Aufgabe, die Lebenssituation von LSBTI*-Menschen zu verbessern und das lässt sich nach unserer Überzeugung auch dadurch erreichen, dass man Vorbehalten bereits zu einem frühen Zeitpunkt etwas entgegen-



setzt und damit Signale für die Kinder selbst, aber auch für die Eltern und andere Bezugspersonen setzt.

Für wen ist diese Kita und wie wird sie sich von anderen Kitas unterscheiden?

Die KiTa der Schwulenberatung Berlin steht für alle Kinder offen. Sie wird sich insbesondere darin unterscheiden, dass dem Themenfeld Gendersensibilität besondere Aufmerksamkeit zukommt, beispielsweise in der Auswahl der Spiel- und Lehrmaterialien. Darüber hinaus wird ein entscheidender Unterschied sein, dass das Erzieher*innen-Team vornehmlich selbst der Gruppe LSBTI* angehört und Beispiel sein wird für alternative, ggfs. nicht heteronormative Lebensentwürfe. Das Team ist als Teil der Schwulenberatung Berlin, auch aufgrund eigener Zugehörigkeit zur Zielgruppe, sensibilisiert für das Thema. LSBTI*-Menschen bilden einen erheblichen Anteil unserer Gesellschaft – und nicht nur der „erwachsenen“ Gesellschaft. Die Schwulenberatung Berlin arbeitet mit sehr vielen erwachsenen Menschen, die von biografischen Umständen oftmals lebenslang belastet sind und daher erscheint es uns nahezu folgerichtig, die Menschen zu einem Zeitpunkt im Leben zu erreichen, an dem gesellschaftliche und ggfs. familiäre Konventionen der Persönlichkeitsentwicklung nicht zu sehr im Wege stehen.

Die Fragen stellte Janina Yeung

Weitere Infos:

www.schwulenberatungberlin.de

Queer im Alter: Ältere Lesben und Schwule fordern Teilhabe

„Es betrifft uns doch alle“, ist gerade in Zeiten der Pandemie ein häufig wiederholtes Mantra. Doch wissen wir, dass die Menschen sehr unterschiedlich betroffen sind. Ältere Lesben, Schwule und andere queere Menschen kennen den beschwichtigenden Spruch „alt werden wir doch alle“ nur zu gut, wenn sie darauf bestehen, dass ihre spezifischen Bedürfnisse im Alter und in der Pflege berücksichtigt werden. Selbstverständlich spielt es eine Rolle, ob Pflegekonzepte lebenswelt- und biographieorientiert gestaltet werden. Eine gute Pflege für LGBTIQ* setzt voraus, dass die zielgruppenspezifischen Lebenssituationen, Gesundheitsrisiken, Stigmatisierungs- bzw. Diskriminierungserfahrungen mit den damit verbundenen Vertrauensverlusten und Bewältigungsstrategien von homosexuellen Menschen bei sämtlichen Pflegeangeboten berücksichtigt werden.

Gerade in der offenen Senior*innenarbeit zeigt sich, die Interessen von Lesben, Schwulen und queeren Menschen unterscheiden sich von denen der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. In vielen Fällen tut es einfach gut, einem Gegenüber aus der eigenen Community nicht erklären zu müssen, was es bedeutet, lesbisch, schwul, trans* oder inter* zu sein. Das gilt sowohl in Gesprächen über Intimität und Sexualität, aber auch mit Blick auf die persönliche Lebenserfahrung.

Der Dachverband Lesben und Alter und BISS – Bundesinteressenvertretung Schwuler Senioren – treten seit ihrer Gründung dafür ein, dass die besonderen Bedürfnisse ihrer Zielgruppe sichtbar werden. Dabei sind die heute über 60-Jährigen keine einheitliche Gruppe. Gemeinsam haben sie dennoch eines: Diese Generationen können der Gesellschaft noch viel geben. Sie prägten die großen sozialen Bewegungen des letzten Jahrhunderts. In den 1970er Jahren waren sie aktiv in der Schwulen-, Lesben und Frauenbewegung. Sie griffen Tabuthemen auf, legten den Finger in die Wunde und entwickelten Angebote für marginalisierte Gruppen. Schwule bauten in der Aidskrise eigene Selbsthilfestrukturen auf, die bis heute wichtige Impulse setzten. Lesben hatten erheblichen Anteil an den Selbsthilfestrukturen, die aus der Frauenbewegung entstanden wie Notrufe, Frauenhäuser und Kontaktstellen gegen sexuellen Missbrauch. Solidarisches Handeln und Selbstorganisation – klassische Merkmale des bürgerschaftlichen Engagements – ziehen

sich wie ein roter Faden durch ihre Arbeit und ihr Leben.

Wohlfahrt erkennt das Thema

Große Wohlfahrtsverbände wie der Paritätische und die AWO oder auch Organisationen wie der ASB haben das Potential erkannt, greifen queere Fragen – auch in der Altenarbeit – auf. Der Paritätische NRW bezieht seit mehreren Jahren in einem queeren Arbeitskreis die Expertise seiner Mitgliedsverbände ein. Der AWO-Bundesverband setzt mit dem Projekt „Queer im Alter“ Impulse in der Pflegearbeit und -ausbildung. Einige wenige Kommunen und Gemeinden unterstützen inzwischen eine Senior*innenarbeit, die Lesben und Schwule, selten jedoch trans*Personen, berücksichtigt. In NRW engagiert sich die vom Land unterstützte Fachberatung für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Senior*innenarbeit dafür, dass die Zielgruppen in kommunale Altenförderpläne einbezogen werden. Die Senior*innenarbeit gehört zu den sogenannten freiwilligen Leistungen. Sie braucht starke Fürsprecher*innen, um auch den sogenannten Minderheiten Platz und Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Einiges wurde angeschoben in den letzten Jahren. Die Corona-Krise offenbart aber auch die Lücken. Es gibt kaum Orte oder Gruppen für ältere queere Menschen. Am ehesten finden wir sie in Städten und Gemeinden, die verlässliche Strukturen aufgebaut haben mit gut aufgestellten Aidshilfen, langjährigen Lesbengruppen, schwule, lesbische und

queere Beratungszentren oder den wenigen verbliebenen Frauenzentren.

Einen guten Überblick für lesbische und schwule Altersarbeit bieten die Mitgliedsorganisationen der beiden Verbände Lesben im Alter und BISS. Es ist notwendig, älteren Lesben und Schwulen eigene Orte anzubieten und ihre Selbsthilfestrukturen zu stärken. Ein besonderes Augenmerk brauchen künftig ältere trans* und inter* Menschen. Sie sind kaum sichtbar. Hier muss dringend der Dialog mit deren Verbänden über die Bedürfnisse der Älteren geführt werden.

Umfassender Forderungskatalog

Die großen Altersthemen sind soziale und kulturelle Teilhabe, Wohnen, Gesundheit und Pflege. Für ältere Lesben und Schwule fordern der Dachverband Lesben und Alter und BISS in einem gemeinsam veröffentlichten Positionspapier:

- diskriminierungsfreie, gesellschaftliche Teilhabe
- zielgruppenspezifische Berücksichtigung in den Angeboten der Senior*innenarbeit
- Sensibilisierung der Träger der Wohlfahrtspflege für die Zielgruppe
- Berücksichtigung ihrer Lebenslagen in der kommunalen Sozialplanung und Altenberichterstattung
- bundes- und landesweit koordinierte Förderung ihres Engagements
- Förderung einer handlungsfähigen bundesweiten Interessenvertretung

Oftmals sind die belastenden Themen miteinander verschränkt: Viele Lesben und Schwule leben alleine. Das muss nicht, kann aber Einsamkeit im Alter bedeuten. Familienstrukturen sind häufiger fragil als in heterosexuellen Zusammenhängen. Beziehungen zu engen Freunden entwickeln ebenso starke Bande wie zu leiblichen Angehörigen. Diesen Wahlfamilien und Zugehörigen können bis heute selbstver-



Die queere Community ist kein Jugendclub. Auch ältere Menschen sind ein Bestandteil von ihr, wie man auch bei den Versammlungen wie dem CSD oder den Dyke*-Marches sehen kann.

ständige Besuchsrechte verweigert werden. Das ist nicht mehr die Regel, kommt aber vor. Soziale und kulturelle Teilhabe hängt zudem von Faktoren wie Geld, Gesundheit und Mobilität ab. Enge finanzielle Ressourcen beeinflussen wiederum eine möglichst lange gesunde Lebenszeit und den Erhalt von Beweglichkeit. Wer gesund und beweglich ist, kann in der Rente hinzuverdienen. Aus dem „kann“ wird vor allem bei Frauen oft ein „muss“.

Von Gender Pay Gap zum Gender Pension Gap

Auch wenn all diese Aspekte miteinander verschränkt sind und queere Menschen gemeinsame Diskriminierungserfahrungen teilen, müssen auch die Unterschiede benannt und bearbeitet werden. Lesben und Schwule, trans* und inter* Personen altern unterschiedlich. Leider fehlen belastbare Zahlen. Offensichtlich ist: Frauen altern häufig in größerer Bedrängnis als Männer. Der Gender Pay Gap von ca. 20 Prozent erweitert sich zum Gender Pension Gap von ca. 40 Prozent. Diese Zahlen decken sich mit den Erfahrungen, die der Dachverband Lesben und Alter in seinen Veranstaltungen, Workshops und Tagungen macht. Viele der im Verband engagierten Mitstreiterinnen müssen weit über das 65. Lebensjahr ihre schmale Rente aufstocken. Die Situation verschärft sich für die Generation der frauen- und lesbenbewegten Aktivistinnen. Um die Strukturen in der Anti-Gewalt-Arbeit, den Frauenzentren und -orten aufzubauen, haben sie viele Jahre geringe Löhne und unterbrochene Er-

werbsbiographien hingenommen. Der jetzige Kompromiss zur Grundrente wird an ihnen vorbeigehen. Deshalb fordern die Aktivistinnen zusätzliche Rentenpunkte für die gesellschaftspolitisch wichtige Arbeit, dieses Land gleichberechtigter zu gestalten. Eine ähnlich prekäre Situation für schwule Senioren gegenüber den Erwerbsbiographien heterosexueller Männer erlebt BISS im eigenen Verband.

Ressourcen ungleich verteilt

Nach wie vor werden Lesben und Schwule in der Öffentlichkeit unterschiedlich wahrgenommen. Das drückt sich einerseits in der Stärke der jeweiligen Strukturen aus. Wer mag, kann gerne einmal die Personalstärke von schwulen und von lesbischen Vertretungen vergleichen. Andererseits prägt gerade ältere Schwule bis heute die Stigmatisierung und Verfolgung durch den §175 und die Erfahrungen durch HIV und AIDS. Ältere Lesben wurden zumindest in Westdeutschland strafrechtlich zwar nicht bedroht, sie leben aber mit einer permanenten Marginalisierung. Als „Mannweiber“ verunglimpft und als Frau abgewertet, kämpften viele jahrelang darum, ihre weibliche Identität selbstbewusst nach außen zu vertreten. Das macht es einigen vermutlich bis heute so schwer, das „Queer“-Konzept als positive Weiterentwicklung von Identitäten anzunehmen.

Welche Auswirkungen Repressionen auf die Lebensbiographien lesbischer Frauen im Nachkriegsdeutschland hatten, dazu fehlen fundierte Forschungen bislang völlig. Dass lesbischen Müttern

bis in die 90er Jahre hinein mit Sorgerechtsentzug mindestens gedroht wurde, erfährt gerade eine erste Aufarbeitung.

Eine wichtige Forderung neben dem Ausbau der Arbeit vor Ort muss deshalb verstärkte wissenschaftliche Forschung sein zu den spezifischen Erfahrungen, Bedarfen und Repressionserfahrung aller älteren queeren Menschen.

Autorin: Sabine Arnolds,
Dachverband Lesben und Alter e. V.
Co-Autor: Francesco Cavallo,
BISS – Bundesinteressenvertretung

Weitere Infos

Literatur:

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senior*innenarbeit. Praxisleitfaden für Lesben und Schwule, die ihr Alter(n) gestalten wollen. C. Brauckmann, G. Roth, 2018, rubicon e.V.

Gemeinsames Positionspapier Lesben und Alter und BISS: Ältere Lesben und Schwule fordern gesellschaftliche Teilhabe. 2018. Online auf den Homepages (s.U.)

Diversity-Merkmale einer „guten Pflege“ für lesbische Frauen, schwule Männer und Menschen mit HIV. M. Schupp 2019, Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V.

Im Internet unter:

www.lesbenundalter.de
www.schwuleundalter.de



Trans-Coming Out: „Und plötzlich ist der Mann an meiner Seite eine Frau.“

Ein Coming Out als Trans-Person ist nicht mehr so ungewöhnlich wie noch vor einigen Jahren. Es deutet sich langsam ein Normalisierungsprozess an, der für Lesben und Schwule bereits vor 20 Jahren nach dem Coming Out von Klaus Wowereit eingeläutet wurde. Doch transidente Menschen stehen noch ganz am Anfang dieser Entwicklung. Ex-Leichtathlet Balian Buschbaum, die bayrische Grünen-Abgeordnete Tessa Ganserer oder zuletzt die WDR-Journalistin Georgine Kellermann sind nur drei Beispiele aus Deutschland von öffentlichen Trans-Outings. Auch an erfolgreichen TV-Formaten wie Germanys Next Topmodel nahmen bereits mehrere Trans-Frauen teil und sehr junge YouTuber mit Trans-Identität erzählen von ihrem Alltag und machen besonders jüngeren Menschen Mut. Auch einige Zahlen sprechen dafür, dass sich immer mehr entscheiden, in dem Körper zu leben, der zu ihnen passt: Gab es im Jahr 2012 noch knapp 900 geschlechtsangleichende Operationen, sind es 2018 bereits mehr als doppelt so viele gewesen.

Dennoch: So ein Coming Out als Transident ist immer noch ein einschneidendes Erlebnis mit schwerwiegenden Konsequenzen, vor dem sich viele scheuen oder es lange hinauszögern. Denn nichts ist nach einem Coming Out mehr so, wie es einmal war. Nicht nur für den Transidenten selbst, sondern auch für das Umfeld – ganz besonders für den Partner oder die Partnerin.

Outing nach 31 Ehejahren

Christel ist eine von Ihnen. Ihre Frau Kristine hat sich vor gut fünf Jahren, im Alter von 58 Jahren als Transident geoutet. „Zu diesem Zeitpunkt war ich 31 Jahre verheiratet“, sagt sie, stockt kurz und ergänzt: „mit meinem Mann.“ Diese Offenbarung war zunächst einmal ein großer Schock. „In der ersten Stunde habe ich gedacht, ich sei 31 Ehejahre belogen und betrogen worden“, erzählt sie am Telefon. Nach einem intensiven und natürlich überaus emotionalen Gespräch wusste sie jedoch, dass das nicht so gewesen ist. Im Laufe dieses Gesprächs erzählte ihr „damaliger Mann“, wie sie sagt, dass er

bereits mit dem fünften Lebensjahr fühlte, dass irgendetwas anders bei ihm ist. Klar war Christel aber auch: „Für mich war das alles kein Grund mich von meinem Lebensmenschen zu trennen!“ Diesen Satz sagt sie mit Nachdruck.

Normales Leben kam schleichend

Eine der ersten Personen, der Christel davon erzählte, war ihre 88-jährige Mutter. Die progressive Reaktion der alten Dame war: „Dann habe ich halt eine Schwiegertochter.“ Das hatte Christel nur noch mehr bestärkt diesen Weg mitzugehen. Für die drei Kinder ist mit Sicherheit einiges auch nicht leicht, erklärte sie: „Es bleibt auf alle Fälle der Vater, obwohl er nun ganz anders aussieht.“ Ein „normales Leben“ sei schleichend eingeleitet. Ein Leben in dem es aber auch heute noch Höhen und Tiefen gibt. Christel sagt: „Ich lerne damit umzugehen, dass ich keinen Mann mehr an meiner Seite habe.“

Nach dem Outing zogen sich die beiden gut fünf Wochen aus dem sozialen Leben zurück. Abstand gewinnen und

erst einmal die Beziehung und das Leben sortieren. „Natürlich fragten uns Freunde, was los ist. So wortkarg und abweisend kannten sie uns einfach nicht“, erzählt sie. Eine lebensbedrohende Krankheit wurde vermutet. Erst dann hatte das Paar die Kraft, fünf Freunde einzuladen, um mit ihnen zu reden, ihnen den Grund für ihren Rückzug zu erklären. Ihr Freundeskreis war gleichzeitig schockiert von der neuen Nachricht, aber auch erleichtert, dass alle gesund waren.

„Meine Freunde waren zwar da, wenn ich sie zum Reden brauchte, hörten zu und trösteten so wie sie es als nicht direkt Betroffene konnten. Doch merkte ich, dass das nicht ausreicht. Das war für mich der Moment, in dem ich wusste, dass ich nun selbst etwas in die Hand nehmen muss“, erklärt sie. Christel musste sich auch mit Menschen austauschen, denen das gleiche ereilt ist. Es gehöre eine große Menge Kraft dazu, in eine Selbsthilfegruppe zu gehen, denn dann ist einem wahrscheinlich erst wirklich bewusst, dass sich das vorherige Leben zu hundert Prozent verändert, so Christel. Aber es lohne sich.

Zusammenhalt in der Gruppe

Christel gründete daher vor knapp vier Jahren die Selbsthilfegruppe „Plötzlich ist der Mann an meiner Seite eine Frau“ in Frankfurt am Main. Ihr war es wichtig, dass es eine Gruppe nur für Partnerinnen von transidenten Mann-

zu-Frau sein sollte. „Wir wissen bei unserem gegenseitigen Austausch einfach sofort, welche Gefühle die eine oder andere gerade durchlebt. Wir können uns so untereinander Halt und Mut geben und miteinander lachen und weinen.“ Hier könnten sie ihre Wut, ihren Zweifel und auch ihre Stärke ganz ohne Angst, jemanden verletzen zu müssen, rauslassen, so Christel. Zu Beginn waren acht Frauen in der Gruppe, derzeit sind es vier. „Wir haben alle unsere Männer kennen und lieben gelernt und waren Jahre mit ihnen als Mann und Frau zusammen. Wir haben mit ihnen Kinder bekommen und haben jetzt alle eine Frau an unserer Seite, ohne lesbisch zu sein“, fasst Christel den Grundkonsens dieser Gruppe zusammen.

Freunde verloren, aber auch Freundschaften gefestigt

Viele alte Freundschaften hätten sich nach dem Coming Out eher gefestigt. Einige Freunde, die mit der neuen Situation nicht umgehen konnten oder wollten, haben das Ehepaar Christel und Kristine aber auch verloren. Der Lebensgefährte einer Freundin, die Christel seit der fünften Klasse kennt, sagte ihr geradeheraus, dass sie das doch verstehen müsse, dass er keinen Kontakt mit Kristine mehr wünsche. Er wolle ja auch keinen „Neger“ in seiner Wohnung haben, sagte er wörtlich. Ein anderer Freund, den die Familie seit 35 Jahren kennt, weigert sich bis

heute, den weiblichen Namen von Kristine zu verwenden. „Das war aber wenigstens ehrlich“, bekennt Christel pragmatisch. „Das ist mir lieber, als wenn hintenrum gesprochen wird.“ Ein anderer langjähriger Freund sagte zu ihnen „Ich habe einen Freund verloren und weiß nicht, ob ich eine Freundin haben möchte.“ Das Schöne daran aber sei, dass dieser Freund heute zwar keinen „Freund“ aber eine „Freundin“ an seiner Seite hat.

Egal ob Mann oder Frau:

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Auch heute, fünf Jahre nach dem Coming Out und vielen überwundenen Krisen, ist die Lebenssituation manchmal noch schwer: „Natürlich vermisse ich meinen Mann, aber ich bin froh, dass ich mit meinem Lebensmenschen, meiner Frau, zusammen bin.“ Das Wesen, das Lachen, das Denken, der Mensch ist geblieben, so Christel „Und eigentlich ist es völlig unwichtig, ob es Mann oder Frau ist, der Mensch ist es, der im Mittelpunkt steht.“ Und sie hat ein Anliegen. Sie möchte anderen Frauen Mut machen, diesen steinigen Weg zu gehen, weil es sich lohnt: „Ich möchte, dass andere Paare es wenigstens versuchen diesen Weg weiter gemeinsam zu gehen, der wie bei anderen mit Geben und Nehmen lebbar ist. Und man sich vor niemandem schämen oder verstecken muss.“

Philipp Meinert

LGBT...? Was steht wofür?

In diesem Verbandsmagazin finden die Leser*innen viele Buchstabenabkürzungen. Da die queere Szene deutlich vielfältiger gesehen wird und nicht mehr „nur“ durch schwule und lesbische Menschen repräsentiert wird, kommt einiges zusammen, weil man keine Menschen ausschließen möchte. Wir erklären die Bedeutung hinter den Buchstaben.

L steht für **lesbisch** bzw. **lesbian**, also für Frauen, die Frauen lieben.

S bzw. **G** steht für **schwul** bzw. **gay**, also für Männer, die Männer lieben.

B steht für **bisexuell**, also für Menschen, die beide Geschlechter lieben.

T steht meistens für **transgender**, **transident**, **trans** oder (etwas veraltet) **transsexuell**. Menschen, die ein anderes Geschlecht als ihr biologisches haben, bezeichnen sich mit einem dieser Begriffe. Sie sind biologisch als Mann geboren, leben und identifizieren sich aber als Frau oder umgekehrt. Viele, aber nicht alle lassen medizinische Eingriffe durchführen, um ihr Geschlecht biologisch anzupassen. Gelegentlich steht das T auch für Travestie, also das Verkleiden als das andere Geschlecht.

I steht für **intersexuell** und ist die Bezeichnung für Menschen, die mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geboren wurden

A steht für **Asexualität**, also für Menschen,

die kein Interesse an der Ausübung von Sexualität haben, obwohl sie Liebesbeziehungen führen können.

Q steht für **Queer** und ist ein Sammelbegriff und eigentlich ein Schimpfwort. Vor gut 30 Jahren wurde es zunehmend als Sammelbegriff umgedeutet und richtet sich sehr vereinfacht gesagt gegen gesellschaftliche Normen und enge Zuschreibungen, zum Beispiel die Einstufung von Heterosexualität als Normalzustand. Queer ist damit auch immer politisch.

* oder + werden oft hinzugefügt um deutlich zu machen, dass auch andere Identitäten mitgedacht werden, die nicht aufgeführt wurden, so wie auch in diesem Überblick. (PME)

30 Jahre rat + tat in Rostock: Angekommen in der Mitte der Gesellschaft



Im November 1989 fällt die Mauer, im März 1990 wird der rat + tat e.V. gegründet – einer der ersten Vereine in Rostock überhaupt. Verein für Homosexuelle hieß er damals. Heute steht der rat + tat in Rostock für die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Dass damals alles so schnell ging, hat mit der Vorgeschichte des Vereins zu tun.

Beratung, Aufklärung, Austausch – das ist seit 30 Jahren der Kern der Vereinsarbeit. Nur die Themen sind vielfältiger geworden. Die meisten Jugendlichen, die sich beraten lassen, können sich mit dem Geschlecht nicht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurden, sagt Paul Langner. Solche Fälle begleitet der Sozialpädagoge eine Zeit lang. Er vermittelt Psycholog*innen und Therapeut*innen und hilft, Anträge zu stellen – etwa für Gutachten und Namensänderungen.

Der 25jährige Paul Langner ist Ansprechpartner für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre. Er ist als einziger festangestellt bei rat+tat, das Rostocker Amt für Jugend, Soziales und Asyl finanziert ihn im Rahmen des Projektes „Que(e)r feldein. Seit Paul Langner vor einem Jahr anfing, hat er kräftig für die junge Generation gewirbelt. Er hat Postkarten drucken lassen, auf deren Vorderseite „Trans*?“ „Mein Kind ist trans*!“, „Queer“, „Lesbisch“ oder „Schwul“ steht und auf der Rückseite die Begriffe erklärt werden und ein QR-Code geradewegs zur Webseite von rat +

tat führt. Er postet auf Instagram, bietet Gruppen an und geht in Schulen. Mit Erfolg. Zur queeren Jugendgruppe kommen mittlerweile regelmäßig 15 bis

20 Jugendliche, die gemeinsam backen, kochen, Plakate für den Christopher Street Day gestalten und nebenbei über ihre Themen reden wie etwa Outing oder Transition. In einer Transgenerationsgruppe tauschen sich Jüngere mit Älteren aus und lernen von ihnen, es gibt einen Trans & Non-binary-Jugendtreff und einen Trans*Thementreff, zu dem Langner je nach Thema Psycholog*innen, Ärzt*innen oder andere Fachleute einlädt. Und die Zahl der Jugendlichen, die er mit seinen Projekten an Schulen erreicht, hat sich in nur einem Jahr von 40 auf 400 verzehnfacht.

Wie alles anfing: AK Homosexualität

Paul ist ein Glücksgriff, sagt Detlef Söllick. Der 77jährige ist ein Urgestein von rat+tat. Dass man irgendwann von Queer und LSBTTIQ* für lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, transgender, intergeschlechtlich und queer sprechen würde, hätte er sich damals nicht vorstellen können. Damals, das war 1985. Söllick war 43 Jahre alt und sein Coming Out war gerade mal zehn Jahr her. Da sprach ihn ein schwuler Mann an, ob er sich in einem Arbeitskreis Homosexualität en-



Paul
Langner

gagieren würde. So etwas gab es schon in Leipzig und Berlin, aber in Rostock waren Schwule und Lesben noch so gut wie unsichtbar. Er persönlich würde nicht sagen, dass er diskriminiert wurde, andere haben das durchaus erlebt. Die Homosexualität sei unter den Tisch gekehrt worden, sagt Söllick.

Im Mai 1985 kam der Arbeitskreis zum ersten Mal zusammen - an der Evangelischen Studentengemeinde Rostock, anders ging es in der DDR nicht. 15 bis 20 schwule Männer trafen sich danach alle 14 Tage. Es ging um Schwulsein, Cruising - das Suchen von Sexualpartnern in der Öffentlichkeit - und HIV/Aids, es gab literarische Veranstaltungen und Diskotheken. Eigentlich sei er in den Arbeitskreis gegangen, um etwas zu lehren. Er wollte andere ermutigen, zu ihrer Sexualität zu stehen. „Aber ich habe selbst unwahrscheinlich viel gelernt, vor allem, mit meiner Sexualität umzugehen.“

Als dann 1989 die Mauer fiel, ging alles ganz schnell. Bereits vor der Wende hatte der Arbeitskreis Kontakt zum Schwulen- und Lesbenzentrum Rat&Tat in Bremen. Das half bei der Gründung und gab dem Partnerverein seinen Namen. Zur Gründungsversammlung am 2. März 1990 kamen rund 100 Personen, 58 traten dem Verein sofort bei. „Jetzt sind wir frei, jetzt können wir“, war das Gefühl in dieser Zeit, sagt Detlef Söllick.



Zuvor hätten viele die Nähe zur Kirche gescheut.

Ein festes Domizil:

Das Regenbogenhaus

Söllick selbst wurde 1989 arbeitslos und übernahm auf ABM-Basis die Geschäftsführung des Vereins. Er erlebte, wie der Verein 1991 die Aids-Hilfe mit mehreren Hauptamtlichen übernahm, 1992 die erste schwul-lesbische Kulturwoche organisierte, die später zur HanseGay wurde, und 1998 nach zwei Umzügen ein eigenes Haus kaufte und sanierte. Mitten im Szeneviertel Kröpeliner-Tor-Vorstadt ist das Regenbogenhaus bis heute ein Treffpunkt, der von Kino über Spieleabende, Bowling, Wandern bis zum gemütlichen Kaffeetrinken viel Austausch ermöglicht. Neben den Jugendgruppen treffen sich hier auch die polyamore Gruppe, die Gruppe für lesbische Frauen, die altersgemischte queere Gruppe und die Jahresringe für Ältere.

Bis 2000 hat Detlef Söllick hauptamtlich beim rat+tat e.V. gearbeitet. Er hat unzählige Infostände - und Themenabende organisiert, regelmäßig bei Diskotheken den Einlass gemacht und unzählige Schulen besucht. Dort hat er seine eigene Geschichte erzählt. Mit 18 hatte er den ersten sexuellen Kontakt mit einem Mann, mit 20 fing er an, bewusst Kontakte zu suchen. Er habe sich unwohl und schlecht gefühlt und geglaubt, wenn er sich eine Frau suche, dann werde er heterosexuell und „dann ist alles gut“. Seine Ehe war keine Erlösung, er habe weiterhin in flüchtigen Kontakten mit Männern seine Sexualität gelebt. „Die Scheidung war mein Coming Out“.

Diskriminierung bleibt ein Thema

Paul Langner geht in Schulen, um für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zu sensibilisieren. Er legt zum Beispiel zuerst Bilder aus und sammelt Fragen. Ohne Lehrkraft im Klassenzimmer, löchern ihn die Schüler*innen. Was „divers“ bedeutet, wollen viele wissen, was „trans*“ und „drag“ unterscheidet oder was man unter Pansexualität, Asexualität oder Genderfluid versteht. Er vermittelt den Jugendlichen, dass Geschlechter in anderen Kulturen keineswegs so festgelegt sind, wie in Europa oder Amerika,

Detlef
Söllick

wo das gängige westliche Geschlechtersystem von Mann und Frau vorherrscht. Die Khusra in Pakistan etwa sind biologisch Männer, die sich schminken und weiblich kleiden können und damit akzeptiert sind. Ebenso die Xanith im Oman, die man nach westlichen Vorstellungen vielleicht als trans* bezeichnen würde. So erreicht er auch Jugendliche, die er vielleicht später in einer Beratung wiedersehen.

Denn auch nach 30 Jahren gibt es noch viel zu tun: In Paul Langners queerer Jugendgruppe gibt es einige, die sehr offen leben, die weder in der Schule noch in der Familie Probleme hätten. Auf der anderen Seite gäbe es auch heute Jugendliche, die sich nicht trauen, sich zu outen. Langner erzählt von einem Jungen, dem auf der Klassenfahrt ein Zimmer mit Jungs zugewiesen wurde, die ihn wegen seiner Sexualität gemobbt haben. Antwort der Schule: Das ist kein Wunschkonzert, er soll damit klarkommen. Oder von einem Mädchen, das sich die Haare kurz geschnitten hatte, wurde plötzlich von der Lehrerin gefragt, ob sie denn lesbisch sei oder einfach so zu den anderen gehöre. „Da geht natürlich das Selbstbewusstsein verloren“, sagt Langner.

Das stärkt Langner auch durch ungewöhnliche Projekte. „Queere Tiere“ ist so eins. Wer weiß schon, dass es unter Blumentopfschlangen keine männlichen oder weiblichen Tiere gibt, dass Clownfische transsexuell sind und dass Pantoffelschnecken zu Beginn ihres Lebens männlich und später weiblich sind? Vielfalt ist in der Tierwelt durchaus normal. In Rostock noch nicht überall. So bleiben Aktionstage wie der internationale Coming-Out-Tag oder der Tag gegen Homo- und Transfeindlichkeit weiterhin wichtig, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen.

Gerline Geffers

Weitere Informationen

www.ratundtat-rostock.de
und unter post@ratundtat-rostock.de

Drei Fragen an Malte Legenhausen, Queere Bildung e.V.

Queere Bildung e.V. ist der Bundesverband der Vereine und Projektinitiativen, die Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Antidiskriminierung zu LSBTIAQ+ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*, Asexuelle, Queers, +) anbieten.

Die über 70 im Verband engagierten Projekte führen regional Workshops vor allem mit Schulklassen und Jugendgruppen durch. In den größtenteils ehrenamtlich durchgeführten Veranstaltungen wird Wissen zu Konzepten und Begrifflichkeiten sexueller und geschlechtlicher Diversität vermittelt, werden gesellschaftliche Diskriminierungsmechanismen sichtbar gemacht und gesellschaftliche Hierarchien hinterfragt.

Herr Legenhausen, der Biologie-Unterricht vermittelt Schüler*innen was schwul, lesbisch, bi oder trans* bedeutet. Was bieten Sie darüber hinaus an?

Meine Erfahrung ist, dass Begriffe rund um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Schulunterricht wenig Platz finden. Wenn im Fach Biologie auch Homosexualität benannt wird, dann wird es häufig als Randthema und aus einer biologischen Perspektive behandelt – und vermittelt so, dass es „anders“ ist und nicht als Norm gilt. Stattdessen sollte sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowohl als fächerübergreifendes als auch fächerspezifisches Thema behandelt werden, um es Schüler*innen als etwas Selbstverständliches nahe zu bringen. Beispielsweise in Form von Projekttagen, indem im Geschichtsunterricht auch über die Homosexuellenverfolgung während des Holocaust gesprochen wird oder Regenbogenfamilien in Schulaufgaben vorkommen. Die Workshops der lokalen queeren Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte, für die Queere Bildung e.V. der Dachverband ist, bieten den teilnehmenden Jugendlichen oftmals den einzigen Raum, in dem diese sich schwerpunktmäßig mit LSBTIAQ+ Themen auseinandersetzen können. Neben der Klärung von Begriffen schaffen die Projekte Begegnungen zwischen Jugendlichen und LSBTIAQ+ Personen. Die Teamer*innen sind selbst lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter*, asexuell und/oder queer. Hier haben die Jugendlichen die Möglichkeit Fragen

zu stellen an Menschen, die authentisch aus ihrer Lebensrealität berichten. Dadurch wird Wissen vermittelt, es werden Vorurteile abgebaut und Geschlechterrollen reflektiert. Außerdem wird für Mehrfachdiskriminierung sensibilisiert.

Junge Menschen haben heute einen viel leichteren Zugang zu Informationen, queere Figuren in den Medien sind selbstverständlicher als noch vor 20 Jahren. Merken Sie das in Ihrer Arbeit?

Diese Frage kann ich nicht pauschal beantworten. Wie präsent LSBTIAQ+ Personen in den Medien und wie leicht Zugänge zu Informationen sind, kommt auch immer auf die regionalen und persönlichen Gegebenheiten an. Aus meiner Erfahrung als Leitung des queeren Bildungsprojektes „Plietsch“ der AIDS-Hilfe Hamburg e.V. kann ich sagen, dass ich in den letzten Jahren eine positive Veränderung wahrgenommen habe. Jugendliche haben durch Serien, Fernsehsendungen und über Social Media schon von Begriffen gehört, die vor Jahren unbekannter waren. Auch, wenn ihnen die genaue Bedeutung nicht immer ganz klar ist und mit ihnen häufig einseitige Stereotype einhergehen, ist eine höhere Sichtbarkeit von LSBTIAQ+ erkennbar. Aber wie gesagt, in einer Großstadt sind die Zugänge zu Informationen oft leichter gegeben. In ländlichen Regionen kann das ganz anders aussehen. Dem versuchen wir als Bundesverband entgegenzuwirken, um Aufklärung zu quee-



ren Themen für Jugendliche in ganz Deutschland möglich zu machen.

Wie genau wollen Sie das schaffen?

Unsere Mitgliedsprojekte sind deutschlandweit verteilt, aber es gibt Asymmetrien zwischen Bundesländern: Während in Mecklenburg-Vorpommern fast keine Projekte existieren, verfügt NRW über kommunal und landesweit institutionalisierte Strukturen. Wir starten das vom Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördertes Modellprojekt „Bildungs_lücken schließen – Aufbau, Qualifizierung und Stärkung queerer Bildungsprojekte in strukturschwachen Regionen bundesweit“. Wie der Titel verrät, ist es ein Ziel Projekte in strukturschwachen Regionen bei der Gründung zu unterstützen. Viele der bestehenden Projekte bekommen keine kommunalen Förderungen und werden rein ehrenamtlich geführt. Zur Unterstützung entwickeln wir bundesweite Grundqualifizierungen für Teamer*innen und Fachfortbildungen und erstellen Informations- und Handreichungsmaterialien für Projekte, Lehrkräfte und Jugendliche.

Im Zuge des Modellprojektes konnten wir nun die erste hauptamtliche Stelle für queere Bildungsarbeit auf Bundesebene schaffen, was ein wichtiger Schritt für queere Bildung in Deutschland ist!

Die Fragen stellte Philipp Meinert
Weitere Infos: queere-bildung.de

Vorgestellt: Die Akademie Waldschlösschen!

Die Akademie Waldschlösschen ist eine niedersächsische Bildungseinrichtung mit einem dezidiert queeren Programm. Mitarbeiter Wolfgang Vorhagen erzählt uns etwas über diesen bundesweit einmaligen Ort. In seinem Text legt er den Schwerpunkt auf Bildungsarbeit zu HIV und AIDS im Waldschlösschen.

Die Akademie Waldschlösschen mitten im Wald nahe Göttingen wurde 1981 als Freies Tagungshaus Waldschlösschen gegründet, mit dem Ziel, ein bundesweiter Treffpunkt der 2. Deutschen Schwulenbewegung zu sein. Über die Jahre entwickelte sich das Waldschlösschen zu einer bundeszentralen LSBTIQ*-Bildungseinrichtung. Sie ist seit 1999 eine staatlich anerkannte Heimvolkshochschule in Niedersachsen. Ihre Bildungsarbeit wird, ihrem Leitbild folgend, getragen von dem Respekt für Vielfalt und der Anerkennung der Verschiedenheit von Lebensstilen, Geschlechtern und Sexualitäten sowie der Überzeugung vom Wert von Selbstorganisation und Selbstverantwortung. Träger der Bildungseinrichtung ist seit 2003 die gemeinnützige rechtsfähige Stiftung Akademie Waldschlösschen. Das Bildungs- und Weiterbildungsangebot der Akademie als Schnittstelle zwischen queerer Community und Mehrheitsgesellschaft erhält sein besonderes Profil insbesondere durch Bildung, Vernetzung, Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamt in der Arbeit der Community, im HIV-Kontext, der berufsbegleitenden Weiterbildung in allen Bildungsbereichen von der frühkindlichen (Kita), schulischen und außerschulischen Jugendarbeit bis zur Hochschulbildung – in Kooperation mit Kommunen, Landes- und Bundesbehörden sowie Hochschulen. Heute ist sie Teil des Kompetenznetzwerkes zum Abbau von Homo- und Transfeindlichkeit im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ. In der Bildungsnetzwerkung kooperiert die Akademie mit Menschen, Gruppen und Netzwerken, die sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, insbesondere Homo-, Trans*- und In-

ter*feindlichkeit oder gegenüber Menschen mit HIV engagieren.

Das Waldschlösschen reagierte 1985 gleich zu Beginn der Aids-Krise mit ersten Bildungsangeboten auch vor dem Hintergrund, dass schwule Männer von Anfang an die Hauptbetroffenengruppe waren und bis heute sind. Teilweise auch in Zusammenarbeit mit der Deutschen Aids-Hilfe



wurde damals mit der Konzeption und Durchführung von Fortbildungsangeboten sowohl für Mitarbeiter*innen in Aids-Hilfen als auch für Menschen mit HIV und Aids begonnen, die sich in Aids- und Selbsthilfegruppen engagieren.

Ab 1986 fanden die ersten bundesweiten Positiventreffen statt, initiiert von zwei HIV-positiven schwulen Männern. Diese Treffen sind bis heute mit jeweils bis zu 65 Teilnehmenden* ein zentrales Veranstaltungsangebot für HIV-Infizierte in der Akademie Waldschlösschen und finden sechs Mal im Jahr statt. Die Teilnehmenden* kommen mit unterschiedlichem Hintergrund, als Neuinfizierte oder „Langzeitpositive“, berufstätig oder z.T. auch schon seit vielen Jahren berentet, kör-

perlich gesund oder gezeichnet von Erkrankungen als Folge der Infektion oder durch die Nebenwirkungen der antiretroviralen Therapien. Zusätzlich zu diesen großen Treffen führt die Akademie jährlich drei Treffen für HIV-positive Frauen durch. Vorträge und andere Formen der Informationsvermittlung, Selbstreflexionsangebote, kreative Methoden und Entspannungstechniken werden eingesetzt, um z.B. Informationen im medizinischen und sozialrechtlichen Bereich zu vermitteln, Strategien im Umgang mit Diskriminierung zu erlernen und das eigene Selbstbewusstsein zu stärken, die Auseinandersetzung mit den relevanten Themen im Zusammenhang mit AIDS zu fördern, Vernetzung zu unterstützen, Engagierte im Selbsthilfebereich zu empowern und Möglichkeiten der Gesundheitsförderung aufzuzeigen.

Nicht denkbar wären die Positiventreffen ohne die aktive Beteiligung der Selbsthilfe in die inhaltliche Vorbereitung und Durchführung. Seit 1988 finden die Positiventreffen in Kooperation mit der Selbsthilfegruppe Positiv e.V. statt. Um die Qualität der Treffen und Fortbildungen zu gewährleisten, werden in den Workshops mit dem Thema HIV und Selbsthilfe vertraute Referent*innen, z.T. selbst HIV-positiv, engagiert. Namhafte Wissenschaftler*innen und Mediziner*innen sind als Dozent*innen bei den Veranstaltungen dabei.

Die Themen der bundesweiten Positiventreffen oder der Gesundheitstage für Menschen mit HIV im Waldschlösschen haben sich durch den Einfluss der Therapien spürbar gewandelt. AIDS ist noch nicht heilbar, aber bei einer HIV-Infektion kann man heute von einer meist gut behandelbaren chronischen Erkrankung sprechen. Das 200. Positiventreffen fand im November vergangenen Jahres statt.

Wolfgang Vorhagen ist
Pädagogischer Mitarbeiter bei der
Stiftung Akademie Waldschlösschen
Infos: www.waldschloesschen.org

Corona-Krise: Paritätischer fordert Notprogramm für Menschen in Hartz IV

Der Paritätische fordert ein sofortiges Notprogramm für Menschen in Hartz IV und in der Altersgrundsicherung. Es sei empörend, so die Kritik des Verbandes an den Beschlüssen des Koalitionsausschusses vom 22. April, dass noch immer keine zusätzlichen Leistungen für die große Gruppe armer Menschen vorgesehen seien. Diese seien durch die deutlichen Preissteigerungen für Lebensmittel, durch weggefallene Unterstützungsangebote und Mehrausgaben für Hygiene- und Gesundheitsbedarfe massiv belastet.

„Es ist beschämend, dass die Bundesregierung ausgerechnet für arme Menschen in ihrer Not in dieser Krise offenbar im wahrsten Sinne des Wortes so gut wie nichts übrig hat“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Die geplanten

Zuschüsse für bedürftige Schüler*innen zur Anschaffung von Computern seien zwar unbedingt zu begrüßen, richteten sich aber nur auf eine kleine Gruppe und nur ein spezifisches Problem, in diesem Fall die Sicherstellung der Bildungsteilnahme. Nicht gelöst werde die existenzielle Not, die sich für Millionen von Familien in Hartz IV und Menschen in der Altersgrundsicherung mit Beginn der Corona-Krise tagtäglich verschärfe.

Der Paritätische fordert ein armutspolitisches Notprogramm, konkret die sofortige Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung um 100 Euro pro Monat und Haushaltsmitglied, um insbesondere angesichts der Preisexplosion für Lebensmittel eine ausgewogene Ernährung sicherzustellen. Zusätzlich sei eine Einmalzahlung von 200 Euro notwendig für

coronakrisenbedingte Mehraufwendungen.

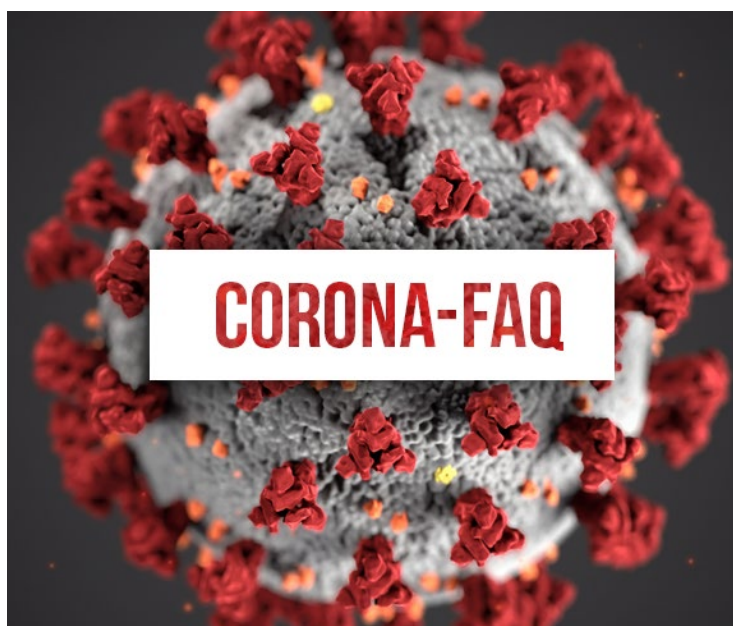
Der Verband unterstützt ausdrücklich eine von sanktionsfrei.de kurzfristig gestartete Hilfsaktion, mit der notleidende Familien in Hartz IV-Bezug unterstützt werden sollen. Dies entlasse den Staat aber nicht aus seiner Verantwortung. „Der Staat ist in der Pflicht, sofort eine Lösung in der Fläche zu organisieren. Es geht um die Existenzsicherung von armen Menschen in Deutschland“, so Schneider.

Positiv bewertet der Verband die neuen Regelungen zur Verbesserung des Kurzarbeitergeldes und der verlängerten Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Auch Hilfen, um Schulen und Schüler*innen kurzfristig fit für digitalen Fernunterricht zu machen, um die aktuelle Krise zu bewältigen, seien im Grundsatz zu begrüßen. „Es braucht kreative, kluge und vor allem machbare digitale Formate und Lösungen, um alle Schüler*innen auch in den Zeiten des erzwungenen Heim- bzw. Fernunterrichts optimal zu fördern. Kein Kind darf zurückbleiben, weder weil sich die Familie nicht die nötige technische

Bonus für soziale Arbeit: Paritätischer fordert Steuerabzug für alle Beschäftigten in sozialen Diensten in Höhe von 500 Euro

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert angesichts der enormen Belastungen, denen Mitarbeitende in der sozialen Arbeit und anderer bereits als „systemrelevant“ definierten Berufe derzeit corona-krisenbedingt ausgesetzt sind, einen steuerfinanzierten Bonus in Form eines pauschalen Steuerabzugs in Höhe von 500 Euro. Der Verband weist darauf hin, dass in den sozialen Diensten und Einrichtungen – von der Kinderbetreuung über die Eingliederungshilfe bis zu Beratungsstellen und Hilfen für Menschen in existenziellen Krisen wie Obdachlose oder Geflüchtete – gerade unter schwersten Bedingungen daran gearbeitet werde, Angebote und Unterstützung für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, aufrecht zu erhalten. Deshalb müssten auch diese als „systemrelevant“ eingestuft werden und eine finanzielle Anerkennung erhalten.

Alle Pressemitteilungen immer aktuell auf www.paritaet.org unter „Presse“



Fragen und Antworten zur Corona-Krise Corona-FAQ auf der Webseite des Paritätischen Gesamtverbandes

Wie gehe ich mit finanziellen Schwierigkeiten aufgrund der Pandemie um? Welche Quarantäneregelungen gelten im Pflege- und Gesundheitsbereich für Kontaktpersonen?

Die Coronakrise hat weitreichende praktische Folgen für Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtspflege. Um in dieser Lage einen Überblick zu geben, veröffentlicht der Paritätische Gesamtverband aktuelle Informationen zu Ausbreitung und Prävention von SARS-CoV-2 für soziale Träger und alle Interessierten auf einer Sonderseite:

www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/corona/

Die Fragen und Antworten werden laufend erweitert.

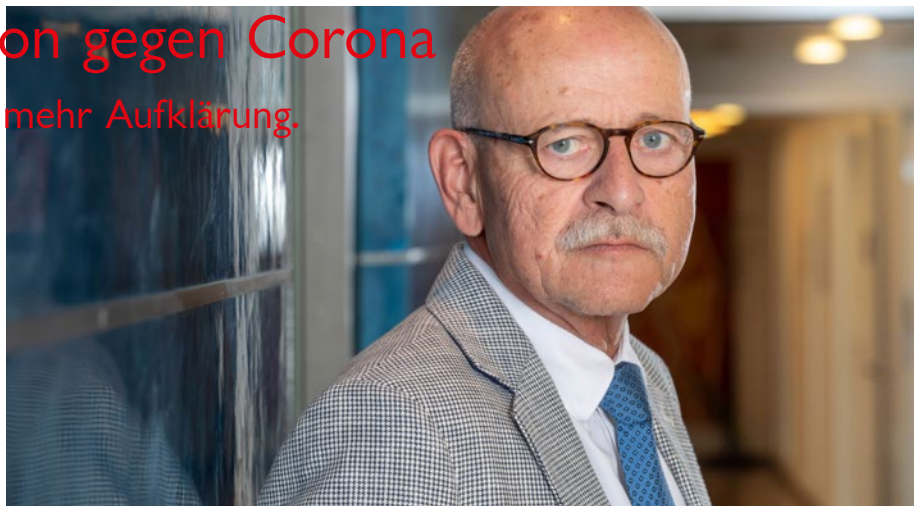
Verhaltensprävention gegen Corona

Ein dringliches Plädoyer für mehr Aufklärung.

Solange keine medizinische Prävention – wie Impfung – gegen die Übertragung des Virus SARS-CoV-2, wie Corona in der Fachsprache genannt wird, verfügbar ist, besteht die wichtigste Möglichkeit der Eindämmung der Epidemie in der nicht-medizinischen Prävention. Das sind zum Einen die harten Regeln für Abstand (physical distancing), und Kontaktvermeidung (Verhältnisprävention) und zum Andern die Regeln für persönliche Hygiene im Alltag (Verhaltensprävention). Dazu fehlt es bislang an durchdringender und öffentlichkeitswirksamer Aufklärung auf allen verfügbaren Kanälen und Medien.

Im Kern und als Voraussetzung des Erfolgs für jede mögliche Strategie geht es um die optimale Mischung zwischen Verhältnis- und Verhaltens-Prävention. Derzeit dominiert in der Wahrnehmung der für Deutschland beispiellose Einsatz von Instrumenten der physischen Distanzierung durch Betriebs-, Schul- und KiTa-Schließungen, durch Quarantäne und Kontaktverbote. Unterstützt wird die Wirksamkeit dieser Maßnahmen durch den Einsatz von Tests in der Prävention und die Identifizierung von (Kontakt-)Personen, die dann bis zum Ablauf der möglichen Inkubationszeit in Quarantäne gehen. Verhaltensprävention wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch über das Ende der jetzigen regulativen Verhältnisprävention hinaus von Bedeutung sein und muss auch ohne diesen Rahmen bzw. diese Unterstützung wirksam bleiben. Schock und Angst beeinflussen zwar kurzfristig Verhalten, diese Verhaltensänderungen sind aber nicht zeitstabil, wenn Verhaltensprävention nicht professionell organisiert und kommuniziert wird. Möglicherweise für längere Zeit.

Die wichtigsten Regeln können leider nicht oft genug wiederholt werden:



Weil der weitaus größere Teil der Adressaten von einer Infektion mit Corona keine lebensbedrohliche Erkrankung zu erwarten hat, ist die Botschaft der Solidarität besonders wichtig. Zum einen gilt es der relativen Sorglosigkeit mancher jüngerer und gesunder Menschen mit dem Hinweis auf zahlreiche ernste Verläufe auch in diesen Gruppen entgegen zu treten. Zum anderen ist der Zusammenhang klar zu machen: Jede*r Infizierte, auch ohne Symptome, steckt im Durchschnitt 2 bis 3 weitere Menschen an, in der Folge werden exponentiell viele, darunter auch viele ältere und/oder vorerkrankte Personen infiziert, bei denen die Wahrscheinlichkeit schwerer bis letaler Verläufe sehr viel höher ist. Solidarität heißt dann: sich nicht anzustecken.

Bei der Abstands-Botschaft wären größere Präzision und ggf. Spezifizierung wünschenswert. Auch zu Mund-Nasenschutz(Masken) in ihren verschiedenen Qualitäten bedarf es präziserer Angaben zum Nutzen oder eben auch Nicht-Nutzen. Auf keinen Fall darf sich der Terminus ‚social distancing‘ durchsetzen, denn er bezeichnet das Gegenteil von Solidarität und präventionspraktisch nicht das, um was es geht: ‚physical distancing‘, körperlicher Abstand.

Beim Händewaschen sind allgemeine Ratschläge wie ‚gute Handhygiene‘ nicht hilfreich. Regelmäßig und gründlich Händewaschen heißt: immer, wenn ich von draußen reinkomme (nachhause oder zur Arbeit) sowie vor jedem Es-

sen die Hände mindestens 20 Sekunden mit warmem Wasser und Seife waschen.

Hände und Finger nicht ins Gesicht klingen trivial, ist es aber gewiss nicht, da solche Bewegungen zumeist unwillkürlich erfolgen, ihre Unterlassung also ein hohes Maß an nachhaltiger Konzentration erfordert.

Am klarsten von allen hier genannten ist die Botschaft ‚Husten und Niesen nur in die Armbeuge oder ein sauberes Tuch‘, was nicht bedeutet, dass sie lückenlos und quasi von selber befolgt werden kann.

Am wording, der Gewichtung und der Reihenfolge dieser Botschaften muss sicher noch gearbeitet werden, mit dem Ziel: möglichst klar, möglichst einfach, möglichst einfach lebbar. Wegen der gegebenen Vielfalt der Kommunikationswege und den sich rasch ändernden Nutzungsgewohnheiten müssen die Botschaften unter Nutzung der Rezepte der Werbeindustrie (Logo, Wiederholung, Variationen, Humor, gendergerecht, zielgruppenspezifisch, Illustrationen) auf allen verfügbaren Kanälen laut und nachhaltig gesendet werden. Die Botschaften der Schweizer Kampagne (www.bag-coronavirius.ch) finden sich z. B. derzeit in fast jedem Hauseingang, in den Geschäften, auf dem Display der Billet-Automaten, auf Plakaten und in TV-Spots etc. – und natürlich auch im Netz.

Die Herausforderungen der verhältnisgestützten Verhaltensprävention sind bei Covid-19 keineswegs geringer als seinerzeit bei Aids, wo sie sehr erfolgreich war. Der Erfolg beruhte auf den Handlungsprinzipien Transparenz, faire Kooperation, Nicht-Diskriminierung und Freiwilligkeit. Nicht nur, aber auch daraus kann noch vielerlei gelernt werden. Zwingend notwendig erscheint mir aber, dass der individuellen Verhaltensprävention sofort ein erheblich höheres Gewicht in den Strategien gegen die Epidemie gegeben werden muss und das dies einer breiten, öffentlich überall und für jeden Menschen wahrnehmbaren Mehrebenen-Kampagne bedarf.

Bei der Konzeption und Durchführung einer solchen Dachkampagne muss beachtet werden, dass es nicht um triviale Änderungen im Alltag geht, deren Er-

lernung und verlässliche Anwendung eine rein kognitive Angelegenheit wäre. Körperliche Nähe/ Ferne im sozialen Umgang sind (Zwischen-)Ergebnisse langer Kulturentwicklungen, der Handschlag als Begrüßung wurde noch vor wenigen Jahren als wichtiger Teil hiesiger ‚Leitkultur‘ promotet. Auch ist zu bedenken, wie vermieden werden kann, dass wir uns künftig bei jeder sozialen Begegnung zunächst als potenziell infektiös/ infizierend wahrnehmen.

Unterhalb einer solchen nationalen Dachkampagne mit ihren wenigen und klaren Botschaften geht es um die regional und lokal differenzierte Verankerung in den Lebenswelten, also KiTas, Schulen, Hochschulen, Werkstätten, Betrieben, Verwaltungen, Marktplätzen, Spielplätzen, Freizeiteinrichtungen, Reiseverkehr. Hier bleibt viel Raum für dezentrale und partizipative

Formen der Risikokommunikation und für das Zusammenwirken von Verhältnis- und Verhaltensprävention.

Wie alle Infektionskrankheiten trifft Covid-19 sozial benachteiligte Menschen gesundheitlich, materiell und sozial stärker als wohlhabende und vergrößert damit die ohnehin sehr große sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen. Dem muss mit zielgenauer Sozialpolitik, sozialarbeiterischen Strategien und eben auch durch Gesundheitsförderung in Lebenswelten entgegengewirkt werden, wie z. B im ‚Kooperationsverbund gesundheitliche Chancengleichheit‘. Je besser dies alles gelingt, desto erfolgreicher wird auch die Covid-19 Prävention sein.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Gesundheitswissenschaftler und
Vorsitzender des
Paritätischen Gesamtverbands

Frisch gebloggt: Das Soziale in der Krise.

Mangel und Not werden sichtbar

Je länger die Krise andauern wird, desto schwerwiegender kumulieren die wachsenden Bedarfe und sinkenden Ressourcen zu sozialen Notlagen. Die soziale Not in Krisenzeiten ist dabei eine, die öffentlich kaum sichtbar ist. Die im öffentlichen Raum sichtbare Obdachlosigkeit ist nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs, verglichen mit dem verborgenen Ausmaß an Mangel und Not der Haushalte, die neben dem Geldmangel nun auch die Sorge um Gesundheit in den eigenen vier Wänden hält. Das verweist auch auf eine immaterielle, aber nicht weniger dramatische Seite der Krise: Die neue Verwiesenheit auf den eigenen Haushalt und seine Angehörigen führt jenseits der weitläufigen Altbauwohnungen zu verstärktem Stress, der allzu häufig in häuslicher Gewalt kulminiert, während Frauenhäuser und andere Hilfestrukturen entweder geschlossen oder deutlich schwerer zugänglich sind. Auch das Hilfetelefon ist kaum zu erreichen, wenn man auf engem Raum isoliert ist. Die ungleiche Verteilung von Bildungschance radikalisiert sich angesichts der verschlossenen Infrastruktur von Schulen, Jugendzentren und Bibliotheken. E-Learning und Unterricht online setzen

eine Hardware voraus, die Kindern und Jugendlichen in Armut schlicht nicht zur Verfügung steht. Ein anderes Problem, das sich in der Krise radikalisiert, sind Einsamkeit und soziale Isolation. Gerade ältere und beeinträchtigte Menschen sind häufig noch „offline“ und entbehren deshalb selbst einfacher Möglichkeiten, sich mit anderen auszutauschen. Das nachbarschaftliche Engagement vieler Menschen dabei, anderen zu helfen und soziale Isolation zu durchbrechen, ist beeindruckend und nachahmenswert, leider aber ebenfalls sehr ungleich verteilt.

Verteilungskämpfe verschwinden nicht

Die Forderung des Paritätischen nach finanzieller Soforthilfe für arme Menschen konnte politisch bisher noch nicht umgesetzt werden. Zur Sicherung der sozialen gemeinnützigen Infrastruktur wurden glücklicherweise viele Schutzmaßnahmen auf den Weg gebracht und es ist zumindest politischer Wille erkennbar, etwaige noch vorhandene Lücken zu schließen. Doch deutlich wird, dass die berechtigten und fortlaufenden Feiertunden zugunsten der Menschen, die die klassische Daseinsvorsorge, die Gesundheitsfürsorge, Sorge- und Versorgungsaufgaben aufrechterhalten, keiner-

lei Gewähr dafür bieten, dass diese Tätigkeiten und Hilfestrukturen – die Bedarfswirtschaft in der Ökonomie des Alltags – nach überstandener Krise wieder auf ihre angestammten Plätze verwiesen werden. Soziale Verteilungskämpfe treten in der Krise in den Hintergrund, aber sie verschwinden nicht. Mit steigenden Arbeitslosenzahlen und gewachsener Staatsverschuldung werden sie schon bald unter dem Ruf nach mehr Effizienz und Einsparungen erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Auch die besonders unterstützungsbedürftigen Gruppen haben noch keinerlei Anlass, angesichts der bestehenden Mangellagen auf stärkere Unterstützung zu hoffen. In und nach der Krise werden neue Verteilungskämpfe virulent werden, in denen die Leistungs- und Gewährleistungsverantwortung des Staates neu verhandelt werden wird. Ob der Sozialstaat der Zukunft soziale Verwundbarkeit dauerhaft reduzieren oder institutionalisieren wird, ist noch lange nicht ausgemacht.

Dr. Joachim Rock
ist Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales,
Europa beim Paritätischen Gesamtverband

Dies ist der Auszug aus einem ausführlicheren Blogbeitrag. Mehr auf:
www.der-paritaetische.de/blog/

Frisch veröffentlicht

Der Bedarf nach ausführlichen Informationen zum Umfang mit Corona in sozialen Einrichtungen ist groß. Unsere Referent*innen sind daher gerade besonders bemüht, schnell und trotzdem fundierte Antworten auf die wichtigsten Fragen rund um die Pandemie zu geben. Zwei ganz aktuelle Publikationen wollen wir daher hier kurz vorstellen.

Orientierungshilfe für Träger von Kindertageseinrichtungen in Zeiten der Corona-Pandemie

Die Corona Pandemie hat auch in Deutschland zu starken Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens geführt. Davon betroffen waren auch die Kindertageseinrichtungen, die in den vergangenen Wochen lediglich eine Notbetreuung aufrecht erhalten und angeboten haben.

Auch wenn es gegenwärtig noch keine klaren politischen Aussagen darüber gibt, ob und wann der Betrieb der Kindertageseinrichtungen wieder regelmäßig aufgenommen werden kann, ist es aus Sicht des Paritätischen unabdingbar, das sich Träger und Fachkräfte mit den Auswirkungen von Covid-19 auf ihre Arbeit auseinanderzusetzen und eigene Ideen und Konzepte für den Betrieb ihrer Einrichtungen unter diesen veränderten Anforderungen entwickeln. Mit der vorliegenden Orientie-

rungshilfe will der Paritätische hierfür einen Beitrag leisten und Möglichkeiten aufzeigen, wie Träger eine Öffnung der Kindertageseinrichtungen – erst einmal im eingeschränkten Betrieb – ermöglichen können. Die Ausführungen spiegeln dabei den aktuellen Sachstand wider und werden ggf. an veränderte Bedingungen angepasst. Jeder Träger muss dabei für sich die passenden Maßnahmen auswählen. Hierbei sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dabei der Schutz und das Wohl der Kinder, der Eltern und der Fachkräfte im Mittelpunkt stehen, auch wenn eine Ansteckung mit Covid-19 selbst unter Einhaltung der vorhandenen Hinweise nicht ausgeschlossen werden kann.

Unterstützungsarbeit mit Geflüchteten in Zeiten der Corona-Pandemie

Geflüchtete leben hierzulande teilweise unter hygienisch und gesundheitlich katastrophalen Verhältnissen in Sammelunterkünften und sind ver-

mehrt Risikofaktoren ausgesetzt. Räumliche Enge und fehlende Privatsphäre machen ein Einhalten der allgemeinen Vorsorgemaßnahmen unmöglich und beeinträchtigen die gesundheitliche und psychosoziale Situation erheblich. „Social distancing“ und ein „Rückzug“ in das eigene Zuhause ist für viele dieser Menschen nicht möglich. Zudem fehlt es an zuverlässigen aktuellen mehrsprachigen Informationen. Gleichzeitig ist die direkte Unterstützungsarbeit von und mit Geflüchteten beeinträchtigt. Vielerorts kann Beratung nicht mehr vor Ort und persönlich stattfinden.

Mit der vorliegenden Arbeitshilfe möchten wir Berater*innen, Unterstützer*innen und weitere mit Geflüchteten Engagierte ermutigen, aus der aktuellen Situation heraus ggf. neue Wege zu gehen, Zugänge zu Informationen für Geflüchtete aufrecht zu erhalten bzw. zu erleichtern sowie alternative Kommunikationsstrukturen und digitale Formate auszuprobieren, um die bisherige Unterstützungsarbeit sowie neue Projektideen weiterhin umsetzen zu können.

Diese und weitere Veröffentlichungen finden Sie zum kostenlosen Download auf www.paritaet.org unter „Publikationen“.

Menschenrechte wahren – Lager auflösen – Evakuierung jetzt!

Am 23. April 2020 demonstrierten zahlreiche Menschen mit dem gebotenen Sicherheitsabstand für die Evakuierung der völlig überfüllten Lager auf den griechischen Inseln in Berlin.

Über 40.000 Geflüchtete müssen dort auf engstem Raum und unter katastrophalen Bedingungen zusammengepfercht hausen. Auch der Paritätische Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider war dabei und erklärte unter anderem in seiner Rede: „Nach einer qualvollen Flucht werden hier Menschen unter völlig menschenunwürdigen katastrophalen Bedingungen zusammengepfercht und schutzlos der Corona-Pandemie ausgeliefert. Was hier passiert ist ein brutaler Bruch von Menschenrechten durch die EU und durch Deutschland.“



COVID-19: Ältere Menschen schützen

Covid-19 hat sich rasch zu einer globalen Bedrohung von beispiellosem Ausmaß entwickelt, die inzwischen über 200 Länder und Gebiete weltweit erreicht hat. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind über 1,5 Mio. Menschen von der Pandemie betroffen und über 93.000 an ihr verstorben (Stand: 11.04.2020).

Niemand wird verschont, aber ältere Menschen sind am stärksten betroffen. Erste in China durchgeführte Forschungsarbeiten zeigen, dass die durchschnittliche Sterblichkeitsrate bei Covid-19 zwar bei 2,3% liegt, das Sterberisiko aber mit zunehmendem Alter steigt. Bei den 70- bis 79-Jährigen steigt das Risiko um mehr als das Dreifache auf 8%, bei den über 80-Jährigen liegt es bei 15%. Ein ähnliches Muster ist jetzt in Italien, Spanien und den Vereinigten Staaten zu beobachten. Das Gesundheitssystem in Deutschland arbeitet mit Hochdruck daran, ältere Menschen zu schützen. HelpAge Deutschland richtet seinen Blick aber darüber hinaus auf einkommensschwache ältere Frauen und Männer in allen Ländern und Regionen weltweit, insbesondere Afrika.

Katastrophale Folgen

In vielen Regionen haben die Menschen Schwierigkeiten, grundlegende Hygienestandards zu erfüllen. Eine physische Distanzierung ist in überfüllten Slums oder Flüchtlingslagern überhaupt nicht möglich. So in Nord-Syrien, wo seit Dezember 2019 fast eine Millionen Menschen aufgrund des wieder entfachten Konflikts aus ihrer Heimat fliehen mussten. Ein großflächiger Covid19-Ausbruch an diesen Orten hätte katastrophale Folgen.



Besonders ältere Menschen sind in Entwicklungs- und Schwellenländern aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität oder Armut vom örtlichen Gesundheitssystem abgeschnitten und haben keinen Zugang zu den Informationen über Risikofaktoren und Schutzmaßnahmen. Die Expertenkommission der Vereinten Nationen stellte dazu am 29.03.2020 in einem Bericht an die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet fest, dass weltweit ältere Menschen bei der Behandlung gegen das Corona Virus gegenüber anderen Gruppen diskriminiert werden und forderte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, diese Missstände umgehend zu beseitigen.

C-19 hat bei vielen Nicht-Regierungsorganisationen zu einem dramatischen Einbruch von Spendengeldern geführt, der durch institutionelle Geldgeber bisher nicht ausgeglichen wird. Bisher setzt HelpAge jedoch alle Projekte fort. HelpAge hat bereits Schutzmasken, Gummihandschuhe und Plastikstiefelabdeckungen für die Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen, die für die Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden zuständig sind, sowie Handdesinfektionsmittel und persönliche Hygienesets, die ältere Menschen benutzen können, bereitgestellt und wird diese Maßnahmen fortsetzen. Für rund 2000 € können wir so ca. 100 ältere Menschen unterstützen. Parallel dazu laufen unsere Projekte im Bereich der Gesundheitsfürsorge weiter. So bilden wir unter anderem weiterhin

Pflegepersonal für die häusliche Pflege aus. Fortbildung und Training von bis zu 20 häuslichen Pflegerinnen zum Umgang mit Covid-19 kosten ca. 250 €.

Gegen die soziale Isolation

Soziale Isolation ist eine weitere Gefahr für die psychische Gesundheit älterer Menschen. Verschiedene Maßnahmen sollen einen Beitrag zur Verbesserung des Wohlbefindens leisten. Zum Beispiel wurde ein Telefon-Buddy-System eingeführt. Freiwillige melden sich regelmäßig telefonisch und erkundigen sich nach dem Wohlbefinden ihrer „älteren-Buddies“, tauschen sich aus und wo nötig, werden Besuche bei ihnen organisiert, Medikamente besorgt oder Pflegedienste aktiviert.

HelpAge wird den Schwerpunkt seiner Arbeit weiter auf Afrika legen, denn die Bekämpfung des Corona-Virus ist nur eine Herausforderung. Am 10. April 2020 wurde ein erneuter Ausbruch von Ebola im Kongo von der WHO bestätigt, dessen Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Zudem droht nach den Ernteaufschlägen der noch immer nicht bekämpften Heuschreckenplage im östlichen Afrika eine mögliche Hungersnot.

Dr. Jürgen Focke ist Referent für Referent Policy & Advocacy bei HelpAge Deutschland e.V.
Weitere Infos: www.helpage.de



Kinderschutz in Corona-Zeiten

Die Corona-Pandemie ist ein gesamtgesellschaftlicher Ausnahmezustand, der für alle Menschen – ob jung oder alt – mit besonderen Herausforderungen verbunden ist. Dass die oberste Priorität der Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist, liegt auf der Hand. In der sozialen Arbeit begegnen wir nur immer gravierender den Anforderungen der Rechtsgüterabwägung. In der Kinder- und Jugendhilfe stellt sich gerade in dieser Situation die Anforderung zwischen Gesundheitsschutz von Kindern, Jugendlichen, Familien und Mitarbeiter*innen über Kontaktsperren und Isolation auf der einen Seite sowie drohenden Kindeswohlgefährdung auf der anderen Seite abzuwägen. Kindeswohlgefährdungen können im Zweifel nur über einen direkten Kontakt mit betroffenen Kindern und Jugendlichen eingeschätzt und durch enge Beratung und Begleitung bzw. die höchste Stufe der Intervention, die Inobhutnahme, beendet werden. Wie kann das Kindeswohl in Zeiten von Corona ausreichend geschützt werden?



Betroffen sind insbesondere Familien, die auch schon vor der Krise psychosozial belastet waren, z.B. durch Arbeitslosigkeit, psychische Erkrankungen oder Paarkonflikte. Dazu kommt, dass Kinder und Jugendliche aufgrund der derzeitigen Kontakt- und Bewegungsbeschränkungen in ihrer Autonomie und ihrer Bewegungsfreude gehemmt sind und die Familien viel Zeit auf engem Raum miteinander verbringen müssen. Die gegenwärtig sozial zuge-spitzte Situation verbunden mit einer Unsicherheit und teilweise Perspektivlosigkeit forcieren soziale Konflikte und innerfamiliäre Konfliktdynamiken. Es ist zu erwarten, dass daher auch gewalttätiges Handeln in Familien stärker werden wird. Die neue familiäre Nähe schafft somit auch ein Potential für sexuelle, körperliche und andere Formen der Gewalt innerhalb von Familien. Aus dem Fokus geraten, aber mindestens genauso betroffen sind die geflüchteten Familien und Kinder, die aktuell in Gemeinschaftseinrichtungen ausharren. Aus Sicht unserer Mitgliedsorganisation, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren (www.kinderschutz-zentren.org), kommt es daher vor allem darauf an:

1. Netzwerke für Kinder aufrechterhalten und stärken!

Dies heißt zum einen die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfen auch in Zeiten der verminderten direkten Auslastung aufrechterhalten und finanziell absichern. Außerdem gilt es, alternative Formen der Kommunikation und Beratung für Zeiten von Kontaktsperren und Isolation kind- und jugendgerecht anzubieten und umzusetzen. Per Tele-

fon, Social Media oder aber auch im persönlichen Gespräch (z.B. während eines Spaziergangs) können Kontakte hergestellt und wichtige Beziehungen erhalten werden. Und diese Signale sind es, die Kinder vor Gewalt sicherer machen können!

2. Krisenkonzepte auf- und ausbauen!

Es braucht eine krisen- und notfallorientierte Infrastruktur der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe. Ein abgestimmtes System zwischen niedrigen Hilfezugängen (über Telefone, Hotlines etc.), aus flexiblen Hilfemöglichkeiten und der dauerhaften Verfügbarkeit von Jugendämtern ist die Basis für gelingenden Kinderschutz (nicht nur) in der Krise. Außerdem müssen Betreuungskonzepte für Kinder aus Familien erstellt werden, die mit der Situation derzeit überfordert sind. Die Notbetreuung unter der Maßgabe des Kindeswohls muss daher in Kitas und Schulen möglich und Krisenplätze auch unter den mitzudenkenden Schutzbedürfnissen der Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen erreichbar und verfügbar sein. Beratungsstellen brauchen Ausnahmeregelungen, um Schutz und Kontakt in der Krise zu ermöglichen. Hierzu müssen die Mitarbeiter*innen aber optimal geschützt sein, sie brauchen Zugang zu Schutzkleidung, Schnelltests und Unterstützungsmaßnahmen. Auch das gehört zur infrastrukturellen Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen in der Krise.

3. Das Kindeswohl zur Richtschnur künftiger politischer Entscheidungen machen!

Die Fragen des Kindeswohls müssen viel stärker als bislang zur Richtschnur künftiger politischer Entscheidungen zum

weiteren Umgang mit der Pandemie werden. Das System des Kinderschutzes und die unterschiedlichen Kinderschutzeinrichtungen gehören zur sogenannten „kritischen Infrastruktur“, weil sie elementare Versorgungsleistungen für Familien in Not und Konflikten bereitstellen. Jugendämter, soziale Dienste, Beratungs- und Fachberatungsstellen brauchen daher die entsprechenden Rahmenbedingungen, die notwendige Ausstattung und die politische Unterstützung.

Juliane Meinhold
ist Referentin für Jugendhilfe beim
Paritätischen Gesamtverband

Weitere Infos

Die Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien, sich telefonisch oder digital beraten zu lassen und Hilfebedarf anzuzeigen, sind erheblich ausgeweitet worden. Die wichtigsten bundesweiten Angebote sind diese:

Nummer gegen den Kummer

www.nummergegenkummer.de
Kinder- und Jugendtelefon 116111
Elterntelefon 0800 1110550

Onlineberatung für Kinder und Jugendliche der bke:

www.bke-beratung.de

UBSKM:

www.kein-kind-alleine-lassen.de

Telefonberatung, Emailberatung, Chatmöglichkeit für Kinder und Jugendliche und Informationen für Erwachsene:

www.deine-playlist-2020.de

Einblicke in den Fachtag „Paritätische Freiwilligendienste für die Jugend von heute“

Seit Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) im Jahr 2011 hat sich die Freiwilligendienstlandschaft weiter ausdifferenziert. Junge Menschen mit unterschiedlichsten Erwartungen und Hintergründen nehmen am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und am BFD teil. Andere Jugendliche haben hingegen noch nie etwas von der Möglichkeit dieser besonderen Engagementformen gehört. Am 11. und 12. März 2020 trafen sich daher 29 Fachkräfte der Paritätischen Freiwilligendienst-Träger in Erfurt, um über die Erwartungen und Interessen der jungen Generationen mit Blick auf die Weiterentwicklung der Paritätischen Freiwilligendienste zu diskutieren. Es wurden Jugendstudien beleuchtet sowie Maßnahmen und Konzepte erarbeitet, wie Paritätische Freiwilligendienste für die junge Generation noch attraktiver ausgestaltet werden können. Acht jugendliche Freiwillige nahmen ebenfalls an dem Fachtag teil und bewerteten die Ergebnisse aus ihrer Perspektive.

Was genau ist in den zwei Tagen passiert? Zunächst wurden die Ergebnisse von zwei aktuell vorliegenden Jugendstudien vorgestellt und in den Kontext der Freiwilligendienste eingeordnet. Julia Schlicht stellte in ihrem Einführungsvortrag Auszüge der 18. Shell-Jugendstudie vor, wonach 34 Prozent der Befragten dem politischen Engagement eine hohe Bedeutung beimessen. Ein Teil der jungen Generation setzt sich nach Ansicht der Shell-Jugendforscher*innen für globale Themen, wie dem Klimaschutz ein, weil sie relativ frei von existenziellen Sorgen aufwachsen. Anders als in den Vorgängerstudien, geht ein Großteil der Be-

fragten davon aus, den angestrebten Schulabschluss zu erreichen und auch den Übergang zwischen Schule und Ausbildung bzw. Studium zu meistern.

Bedeutet diese Ergebnisse, dass Freiwilligendienste für die Leistungs- und Normorientierte Generation kein attraktives Angebot mehr sind? Antworten darauf bietet das Projekt „u-count“. In dem Projekt wurden Kinder und Jugendliche in Zukunftswerkstätten und Jugendhearings zu Freiwilligendiensten befragt. Die Ergebnisse des Projektes stellte Peggy Eckert, Leiterin des Projekts bei der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, vor. Einen diskursiven Einblick in die Zukunftswerkstätten ermöglichte Garib Hasu, Jugendmoderator von „u-count“.

Die Ergebnisse verdeutlichen eins: Freiwilligendienste sind immer noch ein Angebot, das die Zielgruppe nutzen würde. Allerdings gibt es auch eine Reihe anderer, wenn nicht sogar besserer Alternativen, so die Jugendlichen. Finanzielle Anreize, die die Jugendlichen im Wesentlichen in Form von Vergünstigungen etwa bei Freizeit- und Mobilitätsangeboten und weniger in einer Erhöhung des Taschengeldes sehen, könnten die Dienste attraktiver machen. Einige der jugendlichen Befragten hatten noch nie etwas von der Engagementmöglichkeit gehört. Um mehr jungen Menschen einen Zugang zu Freiwilligendiensten zu eröffnen, ist daher die Bereitstellung von Informationen über jugendgerechte Kanäle notwendig. Schulen sind dabei ein wichtiger Multiplikator, genauso wie meinungsstarke Gleichaltrige aus dem sozialen Umfeld.

Angeregt durch diese Inputs, arbeiteten die Teilnehmenden des Fachtags erste Ideen und Maßnahmen u.a. in den Arbeitsgruppen Rahmenbedingungen, Öffentlichkeitsarbeit und pädagogische Begleitung aus. Die Ergebnisse wurden der „Höhle der Freiwilligen“ präsentiert, einer Jury bestehend aus den jugendlichen Freiwilligen. Überzeugte das jeweilige Konzept der Gruppe, so waren die FSJler*innen bereit am nächsten Tag die Ideen gemeinsam mit der Gruppe weiterzudenken. Im Ergebnis der zwei Tage wurde sichtbar, dass einige Träger in Teilbereichen ihre Rahmenbedingungen auf die Wünsche jugendlicher Freiwilliger bereits angepasst haben. Hier bedarf es Austausch- und Lernplattformen, damit auch andere Paritätische Träger von diesen Erfahrungen profitieren. Andere Maßnahmen, die in den zwei Tagen entwickelt wurden, können durch eine Ressourcenbündelung aller Träger umgesetzt werden, so zum Beispiel die Idee eines Anleiter*innen-Essential-Heftes für die Fachkräfte in den Einsatzstellen.

Generell wurde den Beteiligten bewusst, dass die Paritätischen Freiwilligendienste sich in einem permanenten Wandel- und Innovationsprozess befinden müssen, um den veränderten Ansprüchen der Zielgruppe gerecht zu werden. So bedarf es heute schon einen Blick auf die Freiwilligendienste von morgen.

Dr. Julia Schlicht ist Referentin
Bundesfreiwilligendienst
beim Paritätischen Gesamtverband



Kinderrechte ins Grundgesetz!

Anne Lütkes, Vizepräsidentin Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (links) und Prof. Dr. Sabine Andresen, Vizepräsidentin Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V. (rechts), erläutern im Kurzinterview, warum die Kinderrechte in unsere Verfassung gehören.



Frau Lütkes, die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Warum braucht es Kinderrechte im Grundgesetz?

Die Rechte von Kindern als eigenständige Persönlichkeiten sollten explizit im Grundgesetz stehen. Das gäbe der Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von Kindern mehr Rechtssicherheit. Zwar gilt die UN-Kinderrechtskonvention bereits als einfaches Bundesrecht in Deutschland, jedoch müssen Rechtsanwendende die für alle Menschen geltenden Grundrechte über eine komplizierte Herleitung des Völkerrechts mit einem besonderen kinderrechtlichen Gehalt erst auslegen. Die Folge ist ein Umsetzungsdefizit der UN-Kinderrechtskonvention in Rechtsprechung und Verwaltung, das wir in einem juristischen Gutachten klar belegen konnten.

Ein erster Gesetzesentwurf von Bundesjustizministerien Christine Lambrecht schlägt eine Formulierung vor. Wie schätzen Sie diese ein?

Für uns ist zentral, dass die Regelung im Ergebnis nicht hinter dem zurückbleibt, was in der UN-Kinderrechtskonvention, der Charta der Grundrechte der EU und in der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes enthalten ist. Die vorgeschlagene Formulierung bringt jedoch weder den Kindeswohlvorrang noch das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Beteiligung deutlich zum Ausdruck. Beides braucht es jedoch um die Gesetzgebung und Rechtsprechung des Bundes und der Länder, als auch die Ver-

waltungspraxis im Sinne der „besten Kinderinteressen“ nachhaltig zu beeinflussen. Grundrechte binden Parlamente, Ministerien, Behörden und Gerichte als unmittelbar geltendes Recht, sodass sie bereits frühzeitig in ihren Entscheidungen eine kinderrechtliche Perspektive einnehmen werden. Und das hat eine gesamtgesellschaftliche Perspektive: Die Beachtung der Kinderrechte und die flächendeckende frühe Beteiligung von Kindern sind ein notwendiger Weg zur Herausbildung von Verantwortungsübernahme und Entwicklung demokratischer Kompetenzen der nächsten Generation.

Frau Prof. Dr. Andresen, Beteiligung ist ein elementares Kinderrecht. Wie nehmen Kinder und Jugendliche selbst ihre Beteiligungsrechte wahr?

„Fragt uns!“ ist das zentrale Motto, was uns das Jugend-Experten-Team von Children's Worlds + mitgegeben hat. Dabei sind zwei Aspekte zentral, die Haltung mit der Erwachsene Kindern und Jugendlichen begegnen sowie verbindliche Strukturen für Beteiligung. In der Studie haben wir Kinder und Jugendliche gefragt, ob sie in der Familie und in der Schule beteiligt werden. In der Familie fühlen sich über 80 Prozent der Befragten ernst genommen und gehört. In der Schule ist die Zustimmung mit 70 Prozent etwas geringer. Tatsächliche strukturelle Möglichkeiten braucht es – das zeigen die Ergebnisse – jedoch noch. Die Einschätzung, ob Kinder und Jugendliche in der Familie oder in der Schule tatsächlich mitentscheiden können, war hier schon deut-

lich negativer: in der Familie stimmen dem 60 Prozent voll zu. Auf die Schule schauen Kinder und Jugendliche skeptischer. Nur knapp die Hälfte der Befragten findet, dass Mitentscheiden in der Schule möglich sei. Um Beteiligungsrechte umzusetzen, müssen auch strukturelle Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Warum muss das Beteiligungsrecht explizit im Grundgesetz stehen?

Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention schreibt fest, dass Kinder und Jugendliche in allen Angelegenheiten, die sie betreffen, beteiligt werden sollen. Dieser Grundsatz muss sich explizit in einer Formulierung für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz wiederfinden. Denn Veränderungen sind nötig. Beispielhaft will ich hier die Verwaltung und die Justiz nennen, dort gibt es aktuell noch Defizite. Unter anderem bei der Schaffung einer kindgerechten Infrastruktur wie der Planung eines neuen Spielplatzes oder der Anhörung gerade von jüngeren Kindern in familiengerichtlichen Verfahren. Teils zurückzuführen auf höchst unterschiedliche Regelungen, teils aufgrund mangelnder praktischer Anwendung. Durch eine eindeutige und klare Verankerung des Beteiligungsrechtes im Grundgesetz erhoffen wir uns hier mehr Verbindlichkeit.

Die Fragen stellte Katrin Frank,
Referentin Familienhilfe/-politik,
Frauen und Frühe Hilfen
beim Paritätischen Gesamtverband
Weitere Infos: www.dkhw.de
und www.dksb.de

Das Wichtigste
fast zum Schluss...

Die Redaktion gratuliert ganz
herzlich unserem Vorsitzenden

PROF. DR.
ROLF ROSENBRÖCK

zu seinem **75.**
Geburtstag!



Ein ausführliches Interview folgt
in der nächsten Ausgabe

Plötzlich mobil arbeiten? Kein Problem!

Unser Webzeugkoffer und unsere Tool
Tipps haben alles, was Du brauchst, wenn
Du auf einmal am Küchentisch deinen Ar-
beitsalltag organisieren musst.

Die Online-Welt bietet unheimlich viele
Möglichkeiten, unsere Öffentlichkeits-
oder auch Zusammenarbeit einfacher,
schöner und spielerischer zu gestalten.
Jetzt ist die für viele eine schlichte Not-

wendigkeit im Home-Office. Aber kein
Problem. Auf unserer Seite kannst Du dich
inspirieren lassen! In unserem prall ge-
füllten Webzeugkoffer finden sich Anlei-
tungen, Empfehlungen und Tipps zu Social
Media-Kanälen und diversen Tools zur
Zusammenarbeit. Stöber einfach mal
durch!

Wie organisiere ich eine Videokonferenz?
Wie plane ich eine Telefonkonferenz?
Doodle, Dudle, Foodle & Co - was ist das
beste Tool zur Terminfindung? Diese und
weitere Fragen klären wir für euch! Natür-
lich kommen regelmäßig neue Einträge
hinzu oder alte werden überarbeitet. **Alle**

Infos auf www.paritaet.org unter
„Schwerpunkt“ und „Digitalisierung.“
Und wer eine konkrete Frage vermisst:
Wir freuen uns über Vorschläge
an digikom@paritaet.org.



Einkaufsvorteile nutzen!



Details zu unseren 160 Rahmenvertrags-Partnern, bei denen Sie Rabatte erhalten, finden Sie nach einloggen unter www.der-paritaetische.de/intern ein im Einkaufsportale.

Neue Partner:

- **Check Point** ist ein Anbieter im Bereich Cyber-Sicherheit für IT-Kommunikation. Die branchenführenden Lösungen bieten Einrichtungen Schutz vor Cyber-Angriffen und überzeugen mit einer beispiellosen Erfolgsquote beim Abfangen von Schadsoftware und anderen Arten von Bedrohungen.
- **SVA** ist ein deutscher Systemintegrator, der bundesweite Betreuung mit persönlichen Ansprechpartnern anbietet. Neben klassischen Rechenzentrums-Infrastrukturen und IT-Service-Management ist SVA

Partner nahezu aller großen Hardware- und Softwarehersteller.

- **FOCUS** entwickelt (elektrische) Mountainbikes fürs Gelände, (elektrische) Rennräder für die Straße sowie (elektrische) Allzweck-Fahrräder für die Stadt. Die Rabatte erhalten unsere Verbandsmitglieder sowie alle Mitarbeitenden privat.

News:

Die **Deutsche Hospitality** vereint unter einem Dach insgesamt 150 Hotels unter fünf Hotelmarken: Steigenberger Hotels & Resorts, MAXX by Steigenberger, Jaz in the City, IntercityHotel und Zleep Hotels. Der Vertrag wurde bis März 2021 verlängert.

Aral erhöht den Nachlass auf Dieselmotorkraftstoffe, zudem erhalten Sie ab sofort auch Rabatt auf Ottokraftstoffe. Den Tankkarten-Kundenantrag finden Sie im Einkaufsportale.

In unserer geschlossenen Facebook-Gruppe „Parität exklusiv – Rahmenverträge“ geben wir Tipps rund um die Themen unserer Partner, informieren über **Vorteile für Mitarbeitende**, machen Gewinnspiele und vieles mehr. Zudem soll uns die Gruppe als Austauschplattform dienen.

Sie finden uns auch auf Instagram:
[instagram.com/pari_spar](https://www.instagram.com/pari_spar)

Für Rückfragen stehen Ihnen Karsten Härle und Rebecca Neuparth gerne zur Verfügung: einkauf@paritaet.org

Bildnachweise

Titelblatt: Designed by gstudioimagen & Freepik/Eigene Bearbeitung

S. 6-7: William Glucroft, Heike Günther, Pepe Lange u.a.

S. 9: Caro Kadatz

S. 10: O.Feil / A. Fick

S. 14: Designed by macrovector / Freepik/Eigene Bearbeitung

S. 16-17: Fotos Peter Hölscher: Annabell Fugmann

S. 18: Frank Hoyer

S. 21: Elvert Barnes/flickr.com/ CC BY-SA 2.0

S. 27: James Steakley/CC-BY-SA-3.0

S. 31: Christian Ditsch/Christian-Ditsch.de

S. 37: tunedin - Fotolia.com/ Icon

Alle hier nicht aufgeführten Bilder sind entweder privat zur Verfügung gestellt, sind von unsplash.com oder pixabay.de oder die Bildrechte liegen beim Paritätischen Gesamtverband.

Impressum



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

Facebook: www.facebook.com/paritaet/

Twitter: @Paritaet

Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)

E-Mail: redaktion@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Gwendolyn Stilling (Leitung),

Tel.: 030/24636-305

Philipp Meinert,

Tel. 030/24636-339

Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski,

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,

Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:

Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0

Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-200

Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

– Gesamtverband e. V.,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:

MD Medien Dienste GmbH

Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

WER BRINGT DAS WLAN MIT?

